

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. L a n k e s, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 2. Juni 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 22

Hygiene und Berufsgefährdungen der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter

Von Prof. Dr. Hanauer, Frankfurt a. M.

I.

Bei den Fleischern kommen Verletzungen sehr häufig vor, sie sind bei der Leipziger Ortskrankenkasse um 40 Proz. höher als der Durchschnitt. Bei der Fleischerberufsgenossenschaft kamen im Jahre 1926 auf 1000 Vollarbeiter 7,1 entschädigte Verletzungen überhaupt. Von Verletzungen sind häufig Schnittwunden und Verbrühungen; auch Erkältungskrankheiten sind nicht so selten, verursacht durch den Aufenthalt in den Kühlräumen und die Hitze und den Luftzug bei der Wurstfabrikation. Hautkrankheiten entstehen oft aus Verletzungen, die vernachlässigt werden und zu Entzündungen führen. Auch Frostbeulen sind hier zu nennen. Eine besondere Berufsgefährdung stellen die Erkrankungen dar, die beim Hantieren mit kranken Tieren übertragen werden. Hier sind vor allem zu nennen: Milzbrand, Rotz, Schweinerotlauf und die örtliche Tuberkulose.

Der Milzbrand ist eine ernste Erkrankung; denn 30 Proz. der Erkrankten fallen ihm zum Opfer. Um der Erkrankung beim Menschen vorzubeugen, muß sie bei den Tieren möglichst eingeschränkt werden. Das geschieht durch Impfung der Tiere. Verletzungen der Haut sollten stets beachtet werden und mit einem Verband oder Pflaster geschützt werden, um zu verhüten, daß, wenn ein krankes Tier zerlegt wird, die Bazillen in die Haut eindringen.

Beim Hantieren mit an Perlsucht erkrankten Tieren ist der Fleischer insofern gefährdet, als die Tuberkulose des Tieres sich auf die Haut übertragen kann. Es entstehen dann örtliche tuberkulöse Wucherungen, die in Geschwüre übergehen. Sie finden sich oft am Handrücken.

Im Jahresbericht der preußischen Gewerbeberäte wird von einem 40jährigen Fleischer berichtet, der sich an den Rippenknochen eines tuberkulösen Rindes gestochen hatte. Er bekam dann eine Geschwulst in der Beugesehne des rechten Unterarmes und mußte mehrmals operiert werden.

Da die Fleischer vielfach rohes Fleisch essen, sind sie den Erkrankungen der Trichinose und des Bandwurms besonders ausgesetzt. Beim Fleischer findet man oft Schwielen an der Beugesehne der Finger. Gleichzeitig finden sich oft schwarze, punktförmige Vertiefungen, die durch Kolophonium, das zur Enthaarung der Schweine gebraucht wird, unter gleichzeitiger Hitzewirkung entstehen.

In den Arbeitsräumen muß nach behördlicher Anordnung eine Vorrichtung zum Abzug der Dämpfe vorhanden sein; dieser Vorschrift kamen viele Unternehmer durch kleine, in dem feststehenden Teil des Deckels angebrachte Abzugsrohre nach. Ein Gewerbeaufsichtsamt hatte aber die über den Deckeln angebrachten Abzugshauben wegen ihres Rostgehalts und des abbröckelnden in den Kessel fallenden Rostes als unhygienisch beanstandet. Die Besichtigung mehrerer Betriebe durch einen Gewerbe-medizinalrat ergab, daß die durch den feststehenden Teil des Deckels gehemmten Abzüge den Vorteil

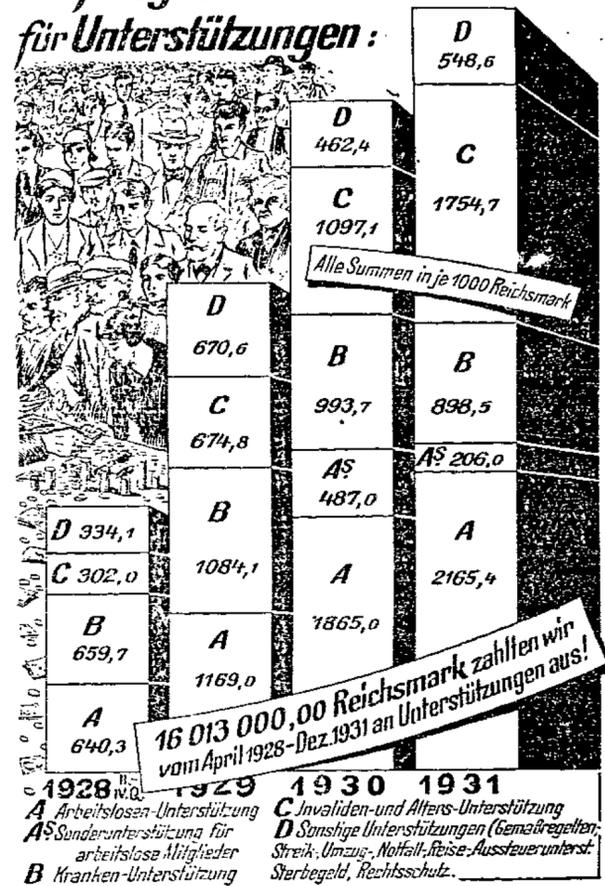
haben, daß sie einfach und billig anzubringen sind und daß sie auch bei dieser Ausführung bei geschlossenem Deckel den Schwaden meist die Möglichkeit des Abzuges geben, daß sie aber bei sehr starkem Kochen und bei Oeffnung des Deckels eine große Menge Schwaden in den Arbeitsraum entweichen lassen; diese sind für den Arbeiter sowie

Verunreinigung durch erdige Bestandteile, Staub von den Mühlsteinen, Eisenteilchen, Halmreste und Grannen, im Gegensatz zu dem eigentlichen Mehlstaub, der fast ausschließlich aus runden Stärkekörnern besteht, deshalb hat dieser Staub einen reizenden Charakter. Er erzeugt juckende Hautausschläge, die sogenannte Müllerkrätze, ferner an den Augen Bindehautkatarrhe und Lidrandentzündungen. Der größte Teil des mit dem Luftstrom eingeatmeten Mehlstaubes bleibt in den oberen Luftwegen hängen, gelangt er in die tieferen Luftwege, so verpapt er mit dem Schleim der Luftröhre zu einem zähen Kleister, der als Fremdkörper wirkt und durch heftige Hustenstöße entfernt wird. Eine Disposition zur Lungenschwindsucht, da er weniger reizende Eigenschaften besitzt, ist kaum gegeben. Beim Schärfen der Mühlsteine können durch die Funken örtliche Verbrennungen entstehen, sowie eine braunrote Verfärbung der Handrücken, veranlaßt durch das Eindringen abgesprengter Eisenteilchen in die Hand. Durch Ausgießen der Löcher der Mühlsteine mit Blei wird die Gefahr der Bleivergiftung erzeugt. Die ständige Nähe des Wassers und die häufige Durchnässung im Wassermühlenbetrieb, der besonders im windreichen Winter ununterbrochene Betrieb der Windmühlen geben zahlreiche Gelegenheiten zu Erkältungen der Atmungsorgane. Die schwere Arbeit in den Wassermühlen, das schwere Heben und Tragen erleichtert die Entstehung von Unterleibsbrüchen, Verbiegungen der Wirbelsäule und der Beine, namentlich bei jugendlichen Personen, deren Knochensystem noch nicht völlig gefestigt ist. In den Mühlen, in denen nach dem Goloverfahren das Mehl mittels Chlorgas gebleicht wird, müssen die an dem Apparat arbeitenden Müller gut zugepaßte Respiratoren und Schutzbrillen tragen, da die Möglichkeit des Chloraustrittes durch Unachtsamkeit oder Betriebsstörung gegeben ist.

Unfälle sind bei den Kleinmühlen doppelt so häufig wie in den Großmühlen; die Zahl der tödlichen Unfälle ist sogar dreimal so hoch. Wo die Mühlsteine noch mit dem Stahlhammer geschärft werden, sind Augenverletzungen durch abgesprengte Stahlsplitter nicht selten. Als eine der Müllerei eigentümliche Betriebsgefahr kommen hier nicht selten Entzündungen und Explosionen des Mehlstaubes in Betracht.

Im Gegensatz zu dem verwandten Bäckergewerbe ist die Arbeit des Konditors weniger schwer und weniger hastig. Schon vor dem Nachtbackverbot ist die Arbeit des Konditors ausschließlich Tagarbeit gewesen. Daher sind die Gesundheitsverhältnisse bei den Konditoren günstiger als bei den Bäckern, und die Erkrankungen sind weniger häufig. Bei der Leipziger Ortskrankenkasse betragen die Krankheitstage bei diesem Beruf nur 80 Proz. des Durchschnittes. Die Zahl der Tuberkulose ist gering. Die Erkrankungen der Atmungsorgane betragen nur zwei Drittel, die der Verdauungsorgane die Hälfte bis ein Drittel gegenüber dem Durchschnitt.

Die Ausgaben unseres Verbandes für Unterstützungen:



für die im Raum aufgehängten Fleischwaren schädlich. Es sind deshalb neben diesen kleinen noch andere Abzugsmöglichkeiten, wie Dachreiter, Hauben usw. in der Nähe des Kessels anzubringen.

Was die Hygiene im Mühlengewerbe anlangt, so bedingt bei Wassermühlen das Instandhalten der Wasserräder, das Schärfen und Einstellen der Mühlsteine, das häufige Tragen der schweren Getreidesäcke eine sehr beträchtliche Arbeitslast. Moderne Kunstmühlen sind hygienisch durchaus günstiger als alte Landmühlen, weil die Menschenhand in hervorragendem Maße durch die Maschine ersetzt wird. Bei diesen Arbeitern ist die Arbeitszeit leichter und besser zu regeln, während bei den Landmühlen die Arbeitszeit vielfach eine unregelmäßige und lange ist. Der Staub, der sich beim Reinigen und Mahlen des Getreides entwickelt, unterscheidet sich von dem fertigen Mehl durch die Beimengung mehr oder minder scharfer und spitziger Partikel:

Reichstarif in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie

Die am 24. und 25. Mai in Dresden geführten Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichstarifes für die Süß-, Back- und Teigwaren-Industrie haben zu einer neuen Vereinbarung geführt. Die Fülle der materiellen Verschlechterungen, die von den Vertretern des Dabu mit allem Ernst gefordert wurden, konnten abgewehrt werden. Die seit Jahren vom Dabu verlangte Wiedereinführung der Altersstaffel von 14 bis 16 Jahren für die Arbeiter und Arbeiterinnen konnte dahin abgemildert werden, daß für die in den Betrieben beschäftigten Jugendlichen ein Lohnabzug nicht erfolgt. Die neue Lohnstaffel tritt nur für die Jugendlichen in Erscheinung, die nach dem 1. Juli eingestellt werden. Die Regelung der Ferien, wie sie in der Vereinbarung niedergelegt ist, gilt als Notmaßnahme für das Jahr 1932. Die zur Zeit gezahlten Löhne bleiben weiterhin in Kraft, können jedoch mit einer Frist von vier Wochen gekündigt werden.

Wie bei jedem neuen Tarifabschluß soll auch diesmal eine Neuregelung der Ortsklassen erfolgen. Die letzte allgemeine Ortsklassenregelung fand 1928 statt. Neu ist diesmal, wenn sich die Parteien über die Festsetzung der Ortsklassen nicht einigen, dann ein Unparteiischer endgültig entscheidet. Die Beratungen zur Neuregelung der Ortsklassen werden voraussichtlich im Juli stattfinden und ist damit zu rechnen, daß dann für die Orte, für die sich die Ortsklasse ändert, auch eine Aenderung des Lohnes eintritt.

Um zu erkennen, was durch die Verhandlungen abgewehrt wurde, ist es notwendig, die Forderungen, die der Dabu gestellt hatte, sich vor Augen zu halten. In Nr. 21 der „Einigkeit“ sind die Hauptforderungen den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht worden. Von dem Ergebnis der Verhandlungen darf mit Recht gesagt werden, daß sich hierin wiederum der Wert der Organisation für die Berufskollegen und -kolleginnen in deutlichem Maße gezeigt hat.

Es wird ein neuer Vertrag über die Tarifgemeinschaft und ein neuer Tarifvertrag geschlossen, dem die Bestimmungen des Tarifvertrages vom 24. August 1928 und der Vereinbarung vom 10. Juni 1931 zugrunde gelegt werden und in dem außerdem die folgenden Aenderungen vorgenommen werden:

I. Vertrag über die Tarifgemeinschaft.

Auf Seite 5 unter a werden im zweiten Abschnitt hinter dem Wort „Löhne“ die Worte „oder Lohnklassen“ und im dritten Abschnitt hinter dem Wort „Lohnfrage“ die Worte „oder über die Lohnklassen“ eingeschaltet.

Im vierten Abschnitt wird hinter dem Wort „Parteien“ eingefügt: „soweit es sich um Löhne handelt“. Ferner wird folgender neue Satz angefügt: „Die Entscheidung des Unparteisichen über Lohnklassen ist endgültig“.

II. Tarifvertrag.

1. In die Staffel, Anlage 1 zu § 2 des Tarifvertrages (S. 19) werden folgende Altersklassen wieder eingefügt:

Hilfsarbeiter unter 16 Jahren . . . 40 Proz.
Arbeiterinnen unter 16 Jahren . . . 34 Proz.

Fußnote: Die Bezahlung der jugendlichen Hilfsarbeiter unter 16 Jahren mit 40 Proz. und der jugendlichen Hilfsarbeiterinnen unter 16 Jahren mit 34 Proz. findet nur bei Neueinstellungen Anwendung.

2. In § 3 Arbeitszeit wird der dritte Satz der Ziff. 1 wie folgt geändert:

„Wird die durch Wochenfeiertage, durch Betriebsstörungen oder ähnliche Ereignisse ausfallende Zeit durch Vereinbarungen vor- oder nachgeleistet, so gelten diese Stunden nicht als Ueberstunden.“

3. Dem § 7 Auslegung des § 616 BGB. werden nachstehende Ziffern 8 und 9 angefügt:

8. Die nach den Bestimmungen dieses Paragraphen zu gewährende Vergütung bemißt sich nach dem Lohn, auf den der betreffende Arbeitnehmer ohne Eintritt des Hinderungsgrundes Anspruch gehabt hätte.

9. Als Lohn im Sinne dieses Paragraphen gilt der tarifmäßige Stundenlohn zuzüglich etwaiger besonderer mit dem betreffenden Arbeitnehmer vereinbarter Zulagen. Außer Betracht bleiben Ueberstunden, Akkord- und sonstige allgemeine Lohnzuschläge.

4. Der Zentralausschuß beschließt, daß für die Berechnung der Ferienvergütung 1932 in Aenderung des § 13 Ziff. 9 mit Wirkung vom 1. Juni 1932 folgende Grundsätze maßgebend sind:

1. Hat der einzelne Arbeitnehmer im Durchschnitt des Beschäftigungsjahres vom 1. Juni 1931 bis 31. Mai 1932 44 Stunden und mehr pro Woche gearbeitet, so hat er auf volle Ferienvergütung im Sinne des § 13 Anspruch.

2. Bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit unter 44 Stunden pro Woche kann ein Abschlag von ein Sechstel der Vergütung erfolgen,

3. bei einer solchen unter 36 Stunden pro Woche ein Abschlag von zwei Sechstel,
4. bei einer solchen unter 28 Stunden pro Woche ein Abschlag von drei Sechstel.
5. Bei Krankheit sind der Berechnung die Stunden zugrunde zu legen, die der Arbeitnehmer bei Nichterkrankung geleistet hätte.
5. § 19 wird folgender zweiter Absatz angefügt:
„Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis sind verwirkt, wenn sie nicht spätestens 6 Monate nach ihrer Fälligkeit geltend gemacht worden sind.“
6. Lohnklassen. Das Lohnklassenverzeichnis — vgl. Anlage 1 zu § 2 des Tarifvertrages vom 24. August 1928 — wird im Sinne des neuen Vertrages einer Neuauflistung unterzogen. Bis zur Fertigstellung des neuen Lohnklassenverzeichnisses bleibt dasjenige des 5. Vertrages mit Abänderungen in Kraft.
7. Löhne. Die durch Entscheidung des Schlichters vom 28. Dezember 1931 festgesetzten Löhne bleiben bis auf weiteres in Kraft und können auf Grund des § 22 Ziff. 3 des Tarifvertrages mit einer Frist von vier Wochen gekündigt werden.
Dresden, den 25. Mai 1932.

Deutscher Arbeitgeberbund der Snokolaßen- und Zuckerwarenindustrie und verw. Betriebe e. V.
(Sitz Dresden).

gez. Hermann Sydow. gez. Carl Greiert.
Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
(Sitz Berlin).
gez. Alfred Fitz.

Zentralverband der Nahrungs- und Genußmittel-industriearbeiter Deutschlands (Sitz Düsseldorf).
gez. Holler.

Wochenschau

Verstaatlichung des Bergbaues gefordert. Auf der Jahreskonferenz der freigewerkschaftlichen Ruhrbergbauarbeiter wurde die Forderung erhoben, den gesamten Bergbau zu verstaatlichen. Begründet wurde diese Forderung mit dem Hinweis auf die völlig verfehlte Wirtschaftsführung der Ruhrmagnaten, die die Unternehmungen an den Rand des Ruins gebracht haben.

Hitlers Kampf gegen Geistesfreiheit. Der Chefredakteur des Hamburger Nazi-Blattes, Dr. Krebs, ist von Hitler plötzlich seines Amtes enthoben worden. Dem Entlassenen wird vorgeworfen, brüningfreundliche Politik getrieben zu haben. Der Redakteur selbst teilt mit, daß seine Entlassung gerichtet sei gegen den deutschen Geist der Gewissensfreiheit. Die NSDAP. dulde keine Menschen in ihren Reihen, die selbständig denken und den Ergebnissen des Denkens Ausdruck zu geben wagen.

Amerikanische Bankiers fordern Lösung des Kriegsschuldenproblems. Die anlässlich einer Konferenz in New York anwesenden Bankiers forderten in einem Telegramm an den Präsidenten Hoover eine sofortige nach den Grundsätzen der Billigkeit erfolgende Lösung des Kriegsschuldenproblems.

Wahlmiederlage der Nazis. Die Wahl eines Beigeordneten in dem hessischen Städtchen Vilbel brachte den Nazis eine schwere Wahlmiederlage. Ihr Kandidat erhielt nur 298 Stimmen, gegenüber 906 Stimmen, die die Nazis bei der Landtagswahl im November 1931 auf ihre Liste vereinigen konnten. Die SPD. steigerte ihre Stimmenzahl um 93 auf 1718, während die KPD. um 135 auf 521 Stimmen zurückging.

Blutige Prügelkessel im Preussischen Landtag. Die am Tage der Eröffnung des neugewählten Preußischen Landtages von den Nazis mühsam bewahrte Disziplin ist von ihnen bereits am zweiten Tag in die Ecke gestellt worden. Sie haben nach offenbar vorbereiteter Plane gegen die KPD.-Abgeordneten Krieg geführt, wobei ein Teil der Saaleinrichtung in Trümmer ging. Zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte mußten sofort ärztlich behandelt werden. Auch der völlig unbeteiligte SPD.-Abgeordnete Jürgensen wurde schwer verletzt. Ihm wurde durch einen Stuhl die rechte Gesichtshälfte aufgeschlagen. Die Wunde mußte genäht werden, was seine sofortige Ueberführung in eine Klinik notwendig machte. Mit dieser Saalschlacht haben die Nazis gezeigt, zu welchen Zuständen es führen würde, wenn sie die Staatsmacht in den Händen hätten. Die moralisch noch nicht verlumpten Wähler, ganz gleich welcher Richtung, werden sich von einem derartigen Rowdytum mit Entrüstung abwenden.

Unorganisierte sind Stützen der Unternehmer!

**Am 4. Juni
ist der 24. Wochenbeitrag fällig**

Ein Spiegel der Nationalsozialistischen „Arbeiter“-partei. Unter den neugewählten preussischen Landtagsabgeordneten der Nazifraktion befinden sich ein Prinz, drei Freiherren, ein Graf und drei sonstige Adlige.

Volksbegehren in Bremen gescheitert. Das von den Kommunisten eingeleitete Volksbegehren in Bremen mit dem Ziele der Auflösung des Senats ist kläglich gescheitert. Von rund 150 000 Wahlberechtigten haben sich nur 5000 in die ausliegenden Listen eingetragen. Thälmann erhielt im ersten Präsidentenwahlgang in Bremen nahezu 31 000 Stimmen. Das Einheitsfrontmanöver der KPD.-Strategen scheint nicht richtig zu ziehen.

Reichseinnahmen im April. Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben beliefen sich im Monat April auf 555,79 Millionen Mark. Es sind dies 258 Millionen Mark weniger als im gleichen Monat des Vorjahres und etwa 195 Millionen Mark weniger als im Januar 1932. Die Lohnsteuer erbrachte 66,87 Millionen Mark gegenüber 88,8 Millionen Mark im April 1931. Die Umsatzsteuer ist auf 112 Millionen Mark zurückgegangen. Nur die Zolleinnahmen haben sich im Vergleich zum Vorjahr gesteigert.

Die Arbeiterschaft der Welt verlangt Abrüstung. In Zürich tagte eine gemeinsame Abrüstungskonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der sozialistischen Arbeiterinternationale. Es wurden Entschlüsse angenommen, in denen weitgehende Forderungen auf Einschränkung der Kriegsrüstungen enthalten sind. Des weiteren wird versichert, daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt mit wachsamen Augen die Entwicklung der Dinge verfolgt und sich bereithält, die Mächte, die sich als ungeeignet erweisen, gegen die Kriegsvorbereitungen einzuschreiten, zu beseitigen.

Wiedereinführung der Lohnsteuerrückerstattung. Der Steuerauschuß des Reichstages hat beschlossen, die Rückerstattungspflicht zuviel gezahlter Lohnsteuer wieder einzuführen. Weiter wurde eine sozialdemokratische Entschlüsse angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, die Erhebungsform des Steuerabzuges vom Arbeitslohn mit größter Beschleunigung derart umzugestalten, daß sie dem Steuerpflichtigen gesetzlich zustehenden jährlichen steuerfreien Lohnbeträge und Familienermäßigungen laufend voll gutgebracht werden, eine Ueberzahlung der Steuer bei Verdienstausschlag ausgeschlossen wird und die Wiedereinführung einer Erstattung bei Verdienstausschlag nicht erforderlich ist.

Wahl in Hessen am 19. Juni. Die Landtagswahl in Hessen, die ursprünglich am 3. Juli stattfinden sollte, ist auf den 19. Juni vorverlegt worden.

Gaukonferenz in Frankfurt a. M.

Am 22. Mai tagte eine Konferenz der Vertreter der Ortsgruppen des Gaues Frankfurt. Nach der Begrüßung durch Gauleiter Kollegen Rumeleit ergriff Kollege Meier vom Verbandsvorstand das Wort zu einem Vortrag über die lohn- und tarifpolitische Lage. Redner kennzeichnete in scharfen Umrissen die gegenwärtige Wirtschaftslage, wobei er besonders hervorhob, wie stark unsere Organisation unter den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden habe. Mit besonders eindringlichen Worten verurteilte er die Politik der Lohnsenkungen, der in nur ungenügendem Maße eine Preissenkung folgte. Trotz dieses erlittenen Fiaskos verlangen heute die Unternehmer, die Löhne noch weiter abzubauen. Die Reichsregierung scheint nicht mehr die Kraft zu besitzen, um sich den unberechtigten Lohnabbauwünschen der Unternehmer entgegenzustellen. Die Arbeiterschaft ist deshalb nur auf ihre eigene Kraft angewiesen.

Wir müssen nach wie vor fordern, daß die Vierzigstundenwoche durchgeführt wird. Die Doppelverdiener müssen ausgeschaltet werden. Ueberstunden dürfen bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht gemacht werden. Mit allen Mitteln müssen wir dafür sorgen, daß unsere arbeitslosen Kollegen wieder in Arbeit gebracht werden.

Es liegt kein Grund vor, mißmutig zu sein. Die Gewerkschaften haben schon schwerere Zeiten überstanden, sie werden auch diese überstehen.

Anschließend sprach Kollege Rumeleit über „Rück- und Ausblick im Gau“. Redner stellte einleitend fest, daß der Gau Frankfurt a. M. durch die wirtschaftlichen Verhältnisse stärker betroffen wurde als andere Gaue. Zur Zeit gibt es im Gau 30 Proz. Arbeitslose und 32 Proz. Kurzarbeiter. Dieser Prozentsatz liegt weit über dem des Reiches. Besonders wurde die Getränkeindustrie in Mitleidenschaft gezogen.

Bei den Lohn- und Tarifbewegungen wies er darauf hin, daß in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gau mit an erster Stelle steht. Seit dem Zusammenschluß wurden 450 Lohn- und Tarifbewegungen geführt. Bei der Abbaubewegung wurde auch durch Streiks den Forderungen der Unternehmer Einhalt geboten. Unverständlich ist es, in welcher Weise die Schlichtungsbehörden den Wünschen der Unternehmer Rechnung tragen. Zugute kommt den Unternehmern noch, daß von rechts und links die freien Gewerkschaften bekämpft werden. Obwohl bei der Werbearbeit alle Funktionäre ihre Schuldigkeit getan haben, ist es notwendig, genau wie früher, die Hausagitation zu betreiben.

Auch für die Jugend wurde im Gau sehr viel getan, weil wir das Vertrauen der Jugend gewinnen und es uns auch erhalten wollen. Zu diesem Zweck muß aber das Verhalten der Gesellen zu den Lehr-

lingen in einzelnen Fällen noch besser werden. Auch den arbeitslosen Kollegen müssen wir ganz besondere Beachtung schenken und ihnen helfen.

Die Diskussion über die beiden Referate, an der sich auch Verbandsvorsitzender Kollege Backert beteiligte, bewegte sich in zustimmendem Sinne.

Bezirkskonferenz in der Pfalz

Die Vertrauensleute der Ortsgruppen und Zahlstellen unseres Verbandes innerhalb der Pfalz versammelten sich am 8. Mai zu Neustadt a. d. Haardt, um in ernster Beratung unsere kommenden Aufgaben aufzuzeigen und neue Richtlinien festzulegen.

Gauleiter Kollege Schmutz, Mannheim, gab nach kurzer Begrüßung einen umfassenden Bericht über den jetzigen Stand der Lohn- und Tarifverträge innerhalb unseres Bezirks. Der immer noch anhaltende wirtschaftliche Niedergang mit seinen Begleiterscheinungen, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, verschärfter Lohndruck usw. verhinderte günstige Neuausschlüsse von Verträgen. Fast keine Berufsgruppe innerhalb unseres Verbandes blieb verschont, überall setzt systematisch ein verschärfter Druck seitens der Arbeitgeber ein. Das Anwachsen der Nationalsozialisten gibt ihnen den Mut, der Arbeiterschaft immer neue Verschlechterungen aufzubürden. Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei soll das fertigbringen, was bis jetzt den Arbeitgebern nicht gelungen ist: Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Unterbindung des Einflusses der Arbeiter auf Staat und Wirtschaft überhaupt. Auch in der Pfalz glaubt die Reaktion triumphieren zu können und nur der wachsam organisierten Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß weitere Verschlechterungen nicht möglich waren.

Bezirksleiter Kollege Bauersfeld sowie Kollege Schmutz geben Fingerzeige, wie am besten unsere Agitation in nächster Zeit betrieben werden soll. Die Fühlung mit den erwerbslosen Kollegen darf nicht verlorengehen. Die Funktionäre sollen mit Rat und Tat deren verzweifelte Lage erleichtern, damit sie nicht in der Bedrängnis Opfer der nationalsozialistischen Hetze werden. Agitation ist die Grundlage der Organisation. Darum heran mit erneuter Kraft an die Unorganisierten, ihnen gezeigt, daß sie im Lager ihres Gegners stehen und somit die Schuld an ihrer eigenen Not mit tragen.

Die reichhaltige und vielseitige Aussprache, an der sich der größte Teil der Delegierten beteiligte, ergab ein der wirklichen Lage entsprechendes Bild. Allgemein wurden die hinterhältigen Schikanen der Arbeitgeber vorgebracht, die die Not breiter Volkskreise zu eigenem Vorteil mißbrauchen. Organisatorische und arbeitsrechtliche Fragen wurden erörtert und geklärt.

Zum Schluß richtete der Tagungsleiter noch einen dringenden Appell an die Funktionäre, allen Berufsgruppen beiseite zu lassen, die Abkapselung der verschiedenen Sparten unter sich zu vermeiden und überall, wo die Möglichkeit besteht, zu werben für die Einheitsorganisation der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Kurzarbeit und Urlaub

Die Wünsche der Unternehmer

Nachdem es den Unternehmern mit intensivster Unterstützung der Regierung gelungen ist, die Löhne abzubauen, richten sie jetzt ihr Augenmerk auf die sozialen Bestimmungen der Tarifverträge. Daß diese ihnen schon lange un bequem sind, ist nicht neu, und daß die Unternehmer jetzt die Zeit für gekommen sehen, sie zu beseitigen oder wenigstens wesentlich einzuschränken, überrascht deshalb nicht. Vielfach hoffen sie, von den Nationalsozialisten tatkräftig unterstützt zu werden, die, wie an anderer Stelle gezeigt wird, sich mit Haut und Haaren den Unternehmern verschrieben haben.

Auch die Brauereien haben Geschmack daran gefunden, die sozialen Bestimmungen zu verschlechtern. Wie insbesondere der Urlaub abgebaut werden soll, darüber schreibt der unvermeidliche Dr. Kipper in den Brauereitageszeitungen. Nach seiner Meinung ist die Urlaubszeit entsprechend der Arbeitszeitstreckung zu verkürzen; denn ändert sich die tariflich vereinbarte 48stündige Arbeitszeit, so muß sich mit ihr auch die übrige tarifliche Regelung entsprechend ändern. Diese kühne „sich zwingend“ ergebende Schlußfolgerung des Dr. Kipper mag wohl in den Kreisen der Unternehmer als durchaus berechtigt anerkannt werden, in den Augen der Arbeiterschaft ist sie aber weder rechtlich noch moralisch und wirtschaftlich stichhaltig. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Nach den klaren Bestimmungen der Mehrzahl aller Tarifverträge ist an einer genau festgelegten Anzahl von Werktagen Urlaub zu gewähren. Aussetzung sind keine Werktagen, deshalb bleiben sie bei der Urlaubsbemessung außer Betracht. Dies weiß auch Dr. Kipper, weshalb er den Rat gibt, bei den kommenden Tarifverhandlungen die Urlaubsbestimmungen einer Revision zu unterziehen und sie so beweglich zu gestalten, daß sie jeder Arbeitszeitdauer gerecht werden.

Dieser Rat ist bereits weitgehend berücksichtigt worden. In einem vorliegenden Vertragsentwurf soll der Urlaub nach Stunden berechnet werden. Nicht ganz so aggressiv sind die Berliner Brauereien, die

in ihrem Abänderungsentwurf entsprechend ihrem Verlangen nach 48stündiger Arbeitszeit den Urlaub einmal nach dieser Zeitdauer regeln wollen und dann eine besondere Regelung für Kurzarbeit verlangen. In beiden Fällen soll der Urlaub gegenüber der gegenwärtigen Regelung verschlechtert werden. Wie man sieht, ist man hier dem Rat Dr. Kippers, die Urlaubsbestimmungen so zu gestalten, daß sie jeder Arbeitszeit gerecht werden, gefolgt.

Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus, daß sie wachsam die Entwicklung der Dinge verfolgt und alle Vorbereitungen trifft, um den Anschlag auf die

51 Betrieben (25,5 Proz.) über einen schlechten Beschäftigungsgrad berichtet. Im Vergleich zu den vorangegangenen Monaten gestaltete sich der Beschäftigungsgrad wie folgt:

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Be- triebe	Be- schäft.	Be- triebe	Be- schäft.	Be- triebe	Be- schäft.
Februar . 1932	47	6 928	90	12 950	57	4 799
März . . . 1932	24,2 % 39	28,1 % 6 020	46,4 % 95	52,5 % 12 000	29,4 % 65	19,4 % 7 376
April . . . 1932	19,6 % 49	23,7 % 8 480	47,7 % 100	47,3 % 12 884	32,7 % 51	29,0 % 4 984
	24,5 %	32,2 %	50,0 %	48,9 %	25,5 %	18,9 %

40 Jahre Treue zum Verband



Wilhelm Schmutz
Brauerei, Mannheim
Eingetreten 1. 5. 1892

Karl Wienrich
Bonbonkocher, Leipzig
Eingetreten 11. 1. 1892

Bernhard Behr
Bäcker, Hamburg
Eingetreten 11. 3. 1891



Otto Hielscher
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 10. 1. 1886

J. Sokolowski
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 12. 1. 1886

Christian Martens
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 12. 1. 1886

heiß erkämpften Rechte abzuwehren. Unsere Kollegen haben vor dem Krieg eher als viele andere Arbeitergruppen sich dank ihrer geschlossenen Organisation ihren Urlaub gesichert; ihn zu erhalten ist nur möglich, wenn die Organisation schlagkräftig ausgebaut wird.

Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im April

Die Beschäftigungslage in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie zeigte im April gegenüber dem Vormonat ein etwas günstigeres Bild; teilweise wurden zur Erledigung der Aufträge für das Pfingstgeschäft und den Muttertag Neueinstellungen vorgenommen. Allerdings stehen diesen Neueinstellungen auch wieder Entlassungen in erheblichem Umfang gegenüber. In den 200 berichtenden Betrieben wurden im April insgesamt 26 348 Personen beschäftigt, gegenüber 25 396 in 199 Betrieben. Die Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit und teilweiser Stilllegung blieb jedoch auch im Berichtsmonat außerordentlich hoch, wie aus nachstehender Tabelle zu ersehen ist:

Monat	Berichtende Betriebe	Zahl der Beschäftigten			Neu eingestellt	Entlassen	Anzahl der Betriebe		
		männlich	weiblich	zus.			Über- stund. mit Kurzar- beit	m. teilw. Stillleg.	ganz- einst.
Feb. 1932 . .	194	6659	18018	24677	9011141	28	71	11	3
März 1932 . .	199	7141	18255	25396	4132044	6	84	11	21
April 1932 . .	200	7299	19049	26348	1139955	8	87	9	21

Nach den eingegangenen Berichten wurden aus 49 Betrieben (24,5 Proz.) über einen guten, 100 Betrieben (50 Proz.) über einen befriedigenden und

Hetze gegen die Konsumvereine

In der zünftigen Handwerkerpresse wird mit größter Entrüstung gegen den Zentralverband Deutscher Konsumvereine vorgegangen, der bekanntlich von der Reichsregierung eine finanzielle Beihilfe zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise in den Konsumgenossenschaften fordert. Jetzt hören wir: „Die sauer verdienten Groschen der Wirtschaft und besonders des gewerblichen, handwerklichen und industriellen Mittelstandes müssen nun auch erhalten, um die sozialistischen Konsumvereine zu sanieren, um den etwas ramponierten Totengräbern des wirtschaftlichen Mittelstandes auf die Beine zu helfen...“ Mit dieser Einstellung entpuppt sich die Handwerkerorganisation als schlimmster Pharisäer. Längst ist bekannt, daß gerade die Genossen der Handwerkermeister zum Stein- u. Bein-erweichen bei der Regierung betteln konnten, um ihre brüchigen Unternehmungen zu sanieren. Wir konnten erst kürzlich auf die bedeutenden Subventionen hinweisen, die den Handwerker-genossenschaften und Unternehmerorganisationen aus den sauer verdienten Steuergroschen der Arbeiterschaft in den Rachen geworfen wurden. Wenn aber zwei dasselbe tun, dann Bauer, ist es etwas anderes.

Nur den fortwährenden Anstürmen des wirtschaftlich unrentablen Kleinhandwerks ist es gelungen, die Regierung für eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine zu gewinnen. Dadurch werden viele Millionen, die aus den ärmsten Schichten stammen, dem Reichssäckel zugeführt.

Durch diese, den Genossenschaften zu Unrecht aufgebürdeten Umsatzsteuern und der einbrechenden Wirtschaftskrise mußten selbstverständlich gut fundierte Genossenschaftsunternehmungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Mit vollem Recht fordern daher die Konsumvereine die Beseitigung dieses Unrechts und verlangen grundsätzlich eine Beihilfe des Staates. Sollten die Arbeiterkonsumgenossenschaften dazu nicht berechtigt sein? Soll nur das Handwerk aus Steuergroschen unterstützt werden? Also diejenigen Elemente, die bei den letzten Wahlen in aller Öffentlichkeit ihren unbändigen Haß gegen die Republik bewiesen hatten? Mit demselben Recht, wie sich das Handwerk aus der Schlinge der Wirtschaftskrise herausziehen versucht, werden auch die Genossenschaften alles daran setzen, um jede ungerechte Belastung, die ihnen steuerlich aufgebürdet wurde, zu beseitigen. Wir werden stets dafür eintreten, daß nicht mit zweierlei Maß gemessen wird.

Guter Mühlenabschluss

Trotz verringerten Absatzes guter Gewinn.

Einen über Erwarten günstigen Jahresabschluß haben die Pfälzischen Mühlenwerke ihren Aktionären vorgelegt. Es wurde im abgelaufenen Jahre trotz verringerten Umsatzes ein ebenso hoher Bruttogewinn erwirtschaftet wie im Vorjahr. Nach Abzug der Abschreibungen in Höhe von 187 500 Mark und unter Hinzuziehung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr verbleibt ein Reingewinn von 581 000 Mk., der um nur 10 000 Mk. niedriger ist als im vorherigen Geschäftsjahr. Dem gesetzlichen Reservefonds wurden 49 200 Mk. zugeführt, der damit auf 750 700 Mk. erhöht wurde. Das sind 15 Proz. des Aktienkapitals. An die Aktionäre wurde eine Dividende von 7 Proz. ausgeschüttet. Im Vorjahr wurden 8 Proz. gezahlt. Besonders vermerkt werden müssen die Bezüge des Aufsichtsrates und des Vorstandes. Sie erreichten eine Höhe von 260 000 Mk., wovon allein der aus acht Köpfen bestehende Aufsichtsrat rund 66 000 Mk. Tantiemen erhielt.

Im Vorstandsbericht über die Entwicklung des Geschäfts im Berichtsjahr wird besonders auf den Vermahlungszwang hingewiesen. Dieser hatte, obwohl er im Laufe des Jahres von 80 Proz. auf 50 Proz. ermäßigt wurde, zur Folge, daß das letzte Pfund Inlandweizen erfaßt wurde und daß es teilweise überhaupt nicht möglich war, die erforderlichen Mengen Inlandweizen zu beschaffen. Diese Erschwernisse führten zu einer Preissteigerung des Weizens und auch des Weizenmehls. Bereits in der Mitte des Jahres wurde dann die Vermahlungsquote auf zunächst 60 Proz. und dann auf 97 Proz. erhöht. Durch die Schaffung von Ausfuhrscheinen war es allerdings möglich, die tatsächliche Beimahlung von Inlandweizen auf 70 Proz. zu reduzieren. Der Absatz wurde weiter erheblich beein-

trächtig durch die starke Konkurrenz jener Mühlen, deren Standort sich im Weizenproduktionsgebiet befinden. Diese haben es nicht notwendig, für den beizumahenden Weizen Transportkosten zu bezahlen. Sie konnten demzufolge das Mehl billiger verkaufen. Der Absatz von Futtermitteln ist das Jahr über zufriedenstellend gewesen.

Ueber das neue Geschäftsjahr werden Voraussagen nicht gemacht. Es wird lediglich berichtet, daß die Beschäftigung augenblicklich zu wünschen übrig läßt und daß die geschäftliche Entwicklung in starkem Maße abhängig ist von der Vermahlungsquote, den Zollsatz und, was wahrscheinlich das Entscheidende sein wird, inwieweit es gelingt, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzuschalten.

Staat, Sozialpolitik, Arbeiterschaft

Was der Staat seinem Wesen nach ist oder sein soll, darüber ist bei den einzelnen Völkern, Schichten und Klassen keine einheitliche Auffassung vorhanden. Der Staat vor dem Kriege war ein Staat der Starken. Gegen diesen Staat hat die deutsche Arbeiterschaft in starker Opposition gestanden. Die Sozialpolitik war vor dem Kriege ein Versöhnungsmittel, um die Opposition von der Kampfansage abzuhalten.

Nach dem Jahre 1918 wandelte sich die Stellung der Arbeiterschaft zum Staate. Die Macht und Verantwortung, die Partei und Gewerkschaften bekamen, brachte eine neue Staatsauffassung mit sich. Durch die Erweiterung des sozialen Rechtes sollte aus dem Rechtsstaat ein Volksstaat werden.

Aber durch die starke Opposition bürgerlicher Kreise, die zwischen Machtstaat oder Volksstaat schwankten, hat die deutsche Arbeiterschaft keine einheitliche Haltung aufgebracht. Trotzdem haben sich die Spitzenorganisationen mit ihren führenden Männern bis heute im Volke und in ihren eigenen Reihen gegen die starke Opposition für den Volksstaat durchgesetzt. Daß durch diese uneinheitliche Haltung der Arbeiterschaft dem Staat gegenüber die Sozialpolitik stark beeinflusst wird, ist selbstverständlich.

Die rasche und großzügige Entwicklung der Sozialpolitik in der Nachkriegszeit ist allein der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften zu verdanken, die ihren starken Einfluß zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse einsetzten. Der Grund war natürlich in der Not des Volkes zu suchen, die der Krieg, die Inflation und der wirtschaftliche Niedergang brachte.

Durch die verrückte Wirtschaftsführung, unter der die Arbeiterschaft am meisten zu leiden hat, wird es den Gegnern leicht gemacht, den Ansturm auf die Sozialpolitik mit Erfolg zu führen. Die Rückschläge, die wir erleiden, sind nur auf die Irreführung und Uneinigkeit der Arbeiterklasse zurückzuführen. Sie hat den Glauben an die Ueberwindung der privatkapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische Bedarfswirtschaft verloren. Ein Denken an das, was sich die Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit erkämpft hat, ist verlorengegangen. Ein scharfes Denken in der Arbeiterklasse muß Platz greifen.

Der demokratische Staat hat allen sozialen Gruppen Gelegenheit gegeben, sich politisch zu betätigen. Dadurch ist es den Gegnern gelungen, zu

ihrer Stärke zu gelangen, um mit den Errungen der Arbeiterklasse zu spielen, wie es jetzt der Fall ist. Aber auch durch Hetze, Lüge und Verleumdung gegen System und Führung führt der Gegner die Arbeiterklasse irre, um dadurch zu seinem Ziel zu kommen.

Daß eine solche Entwicklung Entscheidungskämpfe mit sich bringt, ist klar. In der Gegenwart ist die Staatsmacht auf ein Minimum gesunken. Ausschlaggebend für die zukünftige Entwicklung der Sozialpolitik ist das Schicksal des Staates. Verliert aber die Arbeiterschaft durch die Zersplitterung und Irreführung den Einfluß auf den Staat, dann sind weitere Rückschläge unvermeidlich. Und in dieser Zeit stehen wir. Deshalb, deutsche Arbeiterschaft, nimm endlich Vernunft an. Bringe Einigkeit und Geschlossenheit in die Reihen. Kämpfe als ein entschlossener Block freiheitlich-sozial gesinnter Werktätigen gegen den Block der brutalsten politischen unsozialen Reaktion. Nicht kampflös das Feld räumen, ist das Gebot der Stunde.

J. A.



Wenn dem Arbeitgeber zu wohl wird...

Auf kaltem Wege

Reaktion holt zum Schlage aus

Die Absicht der Nazis, in offener Feldschlacht die Macht im Reich und in den Ländern an sich zu reißen, ist dank der Disziplin der Arbeiter abgeschlagen worden. Die Nazis und die mit ihnen verbündeten Schwerindustriellen und Krautjunker geben sich jedoch noch nicht geschlagen. Sie versuchen vielmehr auf heimlichen Wegen zum Ziele ihrer

Wünsche zu kommen. Zu diesem Zwecke wird versucht, die Regierung Brüning zu stürzen, die, das muß anerkannt werden, sich bis heute noch den Wünschen der reaktionären Scharfmacher nach Beilegung der Tarifverträge und der Sozialversicherung widersetzt hat. Der Brüning-Regierung soll eine „nationale“ Regierung folgen, an deren Spitze ein General, allem Anschein nach der General Schleicher, stehen soll. Die übrigen Mitglieder dieser Regierung sollen Nazioten und Industrielle sein. Der Regierung sollen Anschlag gegen die Regierung ist bereits verpufft. Wirtschaftsminister Warmbold wurde von den hinter ihm stehenden Drahtziehern aus der Regierung herausgezogen zu dem Zwecke, den Rücktritt des gesamten Kabinetts herbeizuführen. Auch tritt des gesamten Kabinetts herbeizuführen. Auch tritt des gesamten Kabinetts herbeizuführen. Auch tritt des gesamten Kabinetts herbeizuführen.

Diese Pläne der politischen Abenteurer sind gegenwärtig undurchführbar. Das wissen sie, deshalb wollen sie den Reichstag auflösen und durch Neuwahlen entweder die Mehrheit erreichen oder aber ein arbeitsunfähiges Parlament herbeiführen. Die dann sich ergebende Situation wird ihren Wünschen entsprechen. Die Herrschaften werden sich täuschen, wenn sie glauben, auf kaltem Wege die Macht im Staate an sich zu reißen, um die Gewerkschaften, denn gegen diese geht es in erster Linie, zu vernichten und die Sozialgesetzgebung zu beseitigen. Die Arbeiter sehen diesem frevelhaften Spiel mit wachsenden Augen zu, um zur richtigen Zeit jeden möglichen Widerstand zu entfalten. In welcher Form sich dieser Widerstand bemerkbar machen wird, darüber dürften keine Zweifel bestehen. Die Arbeiterschaft hat keine Sehnsucht nach einem Sklavendasein. Sie wird um ihre Freiheit kämpfen und dabei ohne Schonung alles vernichten, was auch nur den Anschein trägt, der Reaktion behilflich zu sein.

Es ist nicht unsere Art, mit großem Wortschwall versteckte Drohungen auszustoßen. Wir ziehen es auch jetzt vor, ohne Pathos zu erklären, daß die Reaktion und die mit ihr verbündeten Nazis bei den entscheidenden Auseinandersetzungen nicht so glimpflich abkommen dürften, wie es im Jahre 1918 geschehen ist. Die Arbeiterschaft hat von ihren Gegnern gelernt.

Rechtsprechung in der Unfallversicherung

Der soeben erschienene Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1931 enthält auch interessante Angaben über die Rechtsprechung in der Unfallversicherung. Bei dem Reichsversicherungsamt wurden im Berichtsjahre insgesamt 12 678 Rekurse anhängig gemacht. Von diesen 12 678 Rekursen waren 10 045 von den Versicherten und 2633 von den Berufsgenossenschaften eingelegt. In 75 Fällen wurde das letzte Rechtsmittel sowohl von der Genossenschaft als auch dem Versicherten

Deutschland erwacht

Ein Bericht über das „Dritte Reich“.

Von Michel Schlag zu.

Arbeiter fahren ins Dritte Reich.

„Schon wehen Hitlerfahnen über allen Straßen.“ Das Lied der braunen Armee Adolf Hitlers erklang in den Städten Oesterreichs. Abend für Abend warben die Redner in Geheimkonferenzen der Unternehmer und in Massenversammlungen der Arbeiter für das Dritte Reich. Die Hundertschaften des Republikanischen Schutzbundes warfen sich der braunen Flut entgegen: „Freiheit oder Tod!“

Es ging um die Entscheidung. In den Wohnkolonien der Donawitzer Metallarbeiter grollten die roten Plakate; ein Redner aus dem Reiche sprach: „Seht nach Deutschland“, sagte er, „dort ist das Dritte Reich Wirklichkeit geworden. Hier aber bei euch...“ Die Gewerkschafter sprangen empor: „Thyssen und Kirdorf bezahlen euch und die Direktoren der tschechischen Rüstungsindustrie! Ihr seid die Kettenhunde des Großkapitals!“ — „Gemach“, rief der SA-Führer dem Sprecher der Metallarbeiter zu, „gemach, Toni. Wenn du noch soviel schimpfst, davon wird's kein Tausender weniger in unserer Kasse. Geh doch selbst nach Deutschland und sieh dir an, was wir mit dem Gelde gemacht haben. Im Dritten Reich...“ — „Da kommt ja niemand rein, ihr habt doch die Grenzen gesperrt.“

Mühsam verschaffte sich der Redner Gehör: „Ihr bekommt einen Passierschein. Ihr könnt alles sehen, was ihr wollt, und nach drei Wochen kommt ihr wieder und berichtet, ob wir Nazis die Wahrheit gesagt haben oder nicht.“

Toni zögerte. „Seht ihrs, die haben Angst vor der Wahrheit!“ „Halts Maul! Wir schicken drei Mann, aber wehe euch, wenn ihnen auch nur ein Haar gekrümmt wird!“ —

Die Grenze war scharf bewacht. Braunhemden mit Hakenkreuzbinden hatten die Delegation schon erwartet, die Führer, die sie durch das Dritte Reich geleiten sollten, standen bereit. Umständlich wurden die Papiere geprüft und die drei Kameraden argwöhnisch gemustert. Hm, das war also der Toni und das der Ferdl. „Und wie heißt der mit dem dunklen Haar? Joseph? Der Name klingt reichlich verdächtig.“ „Aber Joseph ist doch ein gut katholischer Name, Dr. Goebbels heißt doch auch Joseph. Und schließlich hat doch auch Adolf Hitler dunkle Haare.“ Dr. Hanfstaengl, der persönliche Pressechef Adolf Hitlers, fuhr erregt auf: „Ich habe doch bereits am Sonntag, dem 28. Februar 1932, in Berlin erklärt, daß Hitler zwar auf dem Kopf dunkles Haar hat, aber in den Achselhöhlen blondes.“ Griento der Ferdl: „Mensch, Seppl, wollen doch mal nachsehen, ob du auch so'n Achselhöhlengermane bist.“ Aber der Herr Pressechef verbat sich wütend diese Rasseforschung: „Bei Oesterreichern darf man es mit der Rasse nicht so genau nehmen!“

Die Citroënlimousine der bayerischen Gauleitung („Deutsche, kauft deutsche Waren!“) brachte sie rasch landeinwärts. Der Führer schlug vor, bis Regensburg durchzufahren, aber die Delegierten hatten Hunger; man sollte halten, sie wollten sich etwas zu essen kaufen.

„Sie haben doch Ihre Brotkarten bei sich?“ „Brotkarten? Die gibt es bei uns seit dem Kriege nicht mehr.“ Hat man Ihnen denn keine gegeben? Im Dritten Reich gibt es Lebensmittel nur gegen Brotkarten. Das hätten Sie doch wissen müssen! In unserem Boxheimer Programm ist es doch schon im September 1931 ausdrücklich festgelegt worden. Jetzt müssen wir schon bis Regensburg durchfahren.“ Ferdl ist erstaunt: „Ich denke, das Box-

heimer Programm war nicht parteiamtlich.“ „Aber das haben wir doch nur gesagt, damit die Polizei uns in Frieden ließ. Das Boxheimer Programm hat Dr. Best durchaus im Sinne der Partei aufgestellt. Glauben Sie, daß der Dr. Best sonst weiter unser Abgeordneter geblieben wäre?“

„Ja, was machen wir nun?“ fragte Joseph. „Ich habe einen Mordshunger. Wir müssen dann unterwegs halten und uns beim Bauern etwas zu essen geben lassen. Hintenherum, wie im Kriege.“

Die SA-Leute lachten: „Den Bauern haben wir doch alles fortgenommen. Und außerdem ist jeder Verkauf von Lebensmitteln bei Todesstrafe verboten.“ Joseph wollte es nicht glauben. „Ich bekomme doch etwas, machen wir die Probe.“ „Gut, wi halten und Sie können versuchen, ein Brot zu bekommen.“

Bauern unter Bajonetten.

Der Bauer sah den Fremden mißtrauisch an. „Ich habe selbst nichts.“ Er zeigte zur Wand, an der ein großes Plakat hing, mit Hakenkreuzen verziert:

Notverordnung.

Alle Lebensmittel sind an die Beauftragten der SA. ohne Entgelt abzuliefern. Jeder Verkauf und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist verboten.

Zuwiderhandelnden wird das Vermögen beschlagnahmt. Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft.

„Das ist ja aus dem Boxheimer Programm!“ „Weiß ich nicht“, sagte der Bauer mürrisch, „es ist

eingelegt. Interessant ist weiter, daß 76,3 Proz. der Streitfälle die gewerbliche und 23,7 Proz. der Streitfälle die landwirtschaftliche Unfallversicherung betrafen. Außer diesen neu eingegangenen Streitsachen standen noch 3955 zur Erledigung, die aus den Vorjahren übernommen waren. Insgesamt harrten demnach 21 633 Fälle ihrer Verabschiedung. Erledigt wurden hiervon 10 060 Fälle. Es ist dies noch nicht einmal die Hälfte aller schwebenden Fälle. Von den erledigten Fällen endeten 3416 (34 Proz.) durch Urteil, 5530 (55 Proz.) durch Verfügung des Vorsitzenden und 1114 (11 Proz.) durch Vergleich oder Zurücknahme des Rechtsmittels. Von den durch Verfügung des Vorsitzenden erledigten Sachen wurden 1444 (14,4 Proz.) wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen, wegen verspäteter Einlegung des Rechtsmittels mußten 445 (4,4 Proz.) der Fälle abgelehnt werden. Wegen Aussichtslosigkeit wurden 3448 (34,3 Proz.) Fälle zurückgewiesen. An die Vorinstanz (Oberversicherungsamt) zurück wurden 193 (1,9 Proz.) Streitfälle gewiesen. Von den durch Urteil erledigten 3416 Streitfällen wurde in 1677 Fällen das Rechtsmittel verworfen. Hiervon betrafen 1294 Fälle Rekurse, die von den Versicherten eingelegt waren, und 383 Fälle, in denen die Berufsgenossenschaften das Rechtsmittel eingelegt hatten. In 117 Fällen wurde die Sache von dem Spruchsenat an die Vorinstanz zurückverwiesen. 1622 Streitfälle, 310 der Versicherten und 1312 der Versicherungsträger, waren bereits in der Rekursinstanz erfolgreich, ohne daß es der Zurückverweisung an eine Vorinstanz bedurfte. Unerledigt blieben am Jahreschluß 11 573 Streitfälle. Dem besonderen Senat für Berufskrankheiten lagen einschließlich der unerledigt übernommenen 6342 Fälle zur Entscheidung vor. Von diesen fanden 4251 ihr Ende, während 2091 als unerledigt wieder in das neue Jahr übernommen werden mußten. Die durch Urteil erledigten Fälle endeten in 53 Fällen mit Zurückweisung des Klägers, in 4 Fällen mit Zurückverweisung an die Genossenschaft und in 23 Fällen günstig für den klagenden Versicherten.

Aus diesen Zahlen ist zweierlei interessant. Einmal geht aus ihnen hervor, daß die Rechtsprechung ziemlich langwierig ist. Stets muß ein großer Prozentsatz der Streitfälle unerledigt in das neue Geschäftsjahr übernommen werden. Dies hat naturgemäß zur Folge, daß die Versicherten oft sehr lange auf eine Entscheidung warten müssen. Ebenso wichtig ist auch die Feststellung, daß die Versicherten recht herzlich wenig auf Erfolg rechnen können. Nur in ganz wenigen Fällen erlangen sie günstige Urteile. Als Glück muß man es schon bezeichnen, wenn die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz (Oberversicherungsamt) zurückgewiesen wird. KI—s.

Ertappt

Böttchermeister unterstützen Schwarzarbeit.

Das Handwerk hat heute, ebenso wie die Arbeiterschaft, schwer um seine Existenz zu kämpfen. Die Krise, die die kapitalarmen Kleinbetriebe härter trifft als die besser fundierten Großbetriebe, erschwert diesen Kampf gegen die teilweise international vertrustete Industrie ungemein. Die Krise ist es auch, die dem Handwerk in der Gestalt der

zunehmenden Schwarzarbeit einen Gegner erstehen ließ, gegen den mit harter Energie gekämpft wird. Auch die Böttchermeister wehren sich ihrer Haut, und es erscheint wohl keine Nummer ihres Organs, in dem nicht in irgendeiner Form gegen die Schwarzarbeit losgezogen wird. Um so erstaunlicher ist es, in Nummer 21 „Der Böttchermeister“ zu lesen, daß der musikalische Teil des Festprogramms anlässlich des 14. Verbandstages der sächsischen Böttchermeister von einer Stahlhelmkapelle bestritten wird.

Abgesehen von der politischen Demonstration, die in dieser Beschäftigung der Stahlhelmkapelle liegt und die sicherlich manchem Böttchermeister mißfallen wird, ist es eine Ungeheuerlichkeit gegenüber den unzähligen erwerbslosen Berufsmusikern, die teilweise schon jahrelang auf Arbeit warten. Hier tritt so richtig die Heuchelei zutage, mit der von seiten der Böttchermeister gegen die Schwarzarbeit gekämpft wird. Für sie hört die Gegnerschaft auf, wenn die Schwarzarbeit außerhalb ihres mittelbaren materiellen Interesses liegt. Dies bedarf der Fest-



... begräbt er sich selbst

stellung, um Taten und Forderungen der Böttchermeister in Zukunft richtig würdigen zu können.

Auf der Tagung selbst wird das Hauptreferat gehalten von dem ehemaligen sächsischen Finanzminister Weber, der nach der Art der Ratten, die das sinkende Schiff verlassen, die Wirtschaftspartei verließ und sich den Deutschnationalen angeschlossen hat. Wir haben über die reaktionäre Einstellung dieses Mannes bereits anlässlich des Bundestages der Böttchermeister berichtet. Er wird auch in Sachsen

wieder nur davon sprechen, daß an der Not der Zeit nur die Arbeiterschaft und die von ihr erkämpfte Sozialversicherung schuld ist. Er wird nichts erwähnen von der wirtschaftsschädigenden Tätigkeit der Konzerne und Trusts, denn damit würde er seinen gegenwärtigen deutschnationalen Freunden auf die Hühneraugen treten.

Folgeschwere Unfälle in Brauereien

Spiel mit Menschenleben.

Mit unheimlicher Schnelligkeit mehren sich in letzter Zeit die Mitteilungen über Unfälle in Brauereien, die Menschenleben forderten. Ueber das schwere Unglück im Kesselhaus der Dortmunder Aktienbrauerei, wobei ein Kollege getötet und zwei andere lebensgefährlich verletzt wurden, haben wir bereits berichtet. Vor einigen Tagen wurde uns über ein fast ebenso schweres Unglück in der Malzfabrik Matthias & Salomon, Frankfurt a. M., berichtet. Dort reinigte ein Kollege eine Keimtrommel, wobei er sich einer defekten Stecklampe bediente. Es entstand ein Kurzschluß, der den Tod des Kollegen zur Folge hatte. Fast zur gleichen Zeit ist in der Brauerei I h r i n g in Lich, Oberhessen, ein Kraftwagenführer durch Benzindämpfe ums Leben gekommen. Er arbeitete allein in der Tankgrube des Benzinbehälters. Aus übergelaufenem Benzin sich entwickelnde Dämpfe raubten ihm das Bewußtsein, und, da er allein diese gefährliche Arbeit verrichtete, erstickte er, ohne daß ihm vorher Hilfe gebracht werden konnte.

Wenig später ereigneten sich in Mannheim an einem Tage zwei schwere Autounfälle. Bei einem von diesen wurde von einem Brauereilastwagen ein Briefträger angefahren und schwer verletzt. Der andere Unfall entstand dadurch, daß sich während der Fahrt das Seitenbrett des Autos löste und durch die herunterstürzenden Fässer ein Radfahrer schwer verletzt wurde.

Die plötzliche Häufung der Unfälle mit tödlichem Ausgang stimmt bedenklich. Wenn auch aus den uns zugegangenen Meldungen nicht in allen Einzelheiten ersichtlich ist, inwieweit die Schuld auf unabwendbare Ereignisse, auf eigenes Verschulden oder auf Verschulden der Betriebsleitungen zurückzuführen ist, so muß doch die Vermutung ausgesprochen werden, und dazu berechtigen uns verschiedene Begleitumstände, daß die Unfälle in ursächlichem Zusammenhang stehen mit dem in den Brauereien immer krasser zutage tretenden Drang zum Sparen. Insbesondere trifft dies auf die Autounfälle zu. Die Fahrer in Mannheim werden mit überladenen Wagen auf die Tour geschickt. In Ludwigshafen wird der Beifahrer eingespart. Die Brauereien in Mannheim machen es sich leicht, sie ermahnen durch Anschlag ihre Fahrer, die polizeilichen Vorschriften zu beachten und verlangen, daß die Wagen in jeder Hinsicht vorschriftsmäßig beladen werden. Als ob ein Fahrer, der Wert darauf legt, seinen Führerschein und damit seine Existenzgrundlage zu erhalten, sich nicht sowieso bemüht, den polizeilichen Anforderungen gerecht zu werden. Die Brauereien würden viel besser tun, der Antreiberei, die überall überhand zu nehmen scheint, Einhalt zu gebieten. Wir

die zweite Notverordnung. Zu essen hab' ich selbst nichts. Auf blaue Bohnen habe ich keinen Appetit. „Und beim Nachbar?“ „Dem haben sie vorgestern den Hof versteigert. Wegen Mißwirtschaft. Ach was, hol Sie der Teufel, mit Spitzeln rede ich nicht.“

Die SA-Leute lachten, als Joseph mit leeren Händen zurückkam. „Na, kuriert?“ „Weshalb ist der Bauer dort drüben vom Hof gejagt worden? Was war denn das für eine Mißwirtschaft?“ Der Führer wandte sich an den Chauffeur: „Hannes, du bist doch aus der Gegend, was war da los?“ „Ach, der war im Landbund und sagte immer, die Nazis wären Lausejungen. Und da war es eben Mißwirtschaft. Außerdem war es ja nur ein Kleinbauer. Parteigenosse Darré hat schon am 13. April 1931 im Rundschreiben Nr. 38 der landwirtschaftlichen Abteilung geschrieben: „Eigentliche Mißwirtschaften wird es auf dem Lande m. E. kaum geben; . . . prozentual werden übrigens überwiegend Kleinbauernbetriebe unter solche Rubrik fallen!“

Der Führer lenkte das Gespräch ab: „Es ist mir peinlich, daß wir nicht an Ihren Hunger dachten. Wir hier können auch nichts abgeben; wir erhalten als SA. zwar doppelte Ration, aber auch das reicht gerade nur so zum Sattwerden; mit der Ration, die die anderen bekommen, muß man langsam verrecken. Sie haben es noch gut, Ausländer erhalten Zusatzkarten. Vorläufig kauen Sie eben Zwieback aus unserer eisernen Ration.“

Das Menschengestüt.

Sobald kamen sie nicht in die Stadt. Ueber die Straßen lagen gefällte Chausseebäume, es war unmöglich durchzukommen. In der Ferne sah man Kolonnen mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt, doch es konnte lange dauern, bis die Straße frei würde. Der Chauffeur fluchte: „Wenn wir diese Bande doch einmal zu fassen kriegten! Das geht nun so,

seit Hitler in Berlin residiert. Immer diese verfluchte Sabotage.“ „Na, man ruhig, Hannes“, meinte einer der SA-Leute, „dreh man um, dann fahren wir eben in den Zoo.“ Die andern feixten. „So was wie heute sieht ihr nicht alle Tage. Wer in so einem Zoo ist, der will gar nicht wieder fort; Klasse, sag ich euch!“ — Der Gutshof, dem sie sich näherten, schien nichts Besonderes zu bieten. „Wilde Tiere habt ihr hier nicht drin, es ist gar kein Gitter da.“ „Der Draht wird nachts elektrisch geladen.“ „Ist auch nötig in der Nacht“, wieherte der Chauffeur.

Ein behäbiger Mann wurde mit lautem Hallo begrüßt. „Das ist ja unser Eunuch.“ „Eunuch?“ „Ach, der ist ganz ordentlich so, den nennen wir nur so. Aber Eunuch, erzähle selbst, oder besser, nimm sie gleich mit auf die Galerie.“

Sie stiegen eine kleine Steintreppe hinauf zur Galerie. Hier hatten sie Ausblick auf eine schöne Wiese, die zu einem kleinen See führte. Auf der Wiese waren Frauen, die im Grase lagen oder badeten. „Feine Sache, was?“ meinte der Führer. „Haben Sie hier ein Damenpensionat?“ fragte Ferdl. „Ja, man kann es so nennen“, antwortete der Eunuch, „wir nennen es Mitgart.“ „Was lernen die Frauen alle hier?“ „Kinder kriegen.“ „Was, Kinder kriegen? Das können sie doch wohl von alleine. Nein, ich meine wirklich, was sie hier lernen!“ „Kinder kriegen lernen sie, wirklich. Die Frauen hier sind nur zum Kinderkriegen da.“ „Aber es sind doch nur Frauen hier . . .“ „Ja, tausend Frauen. Die hundert Männer ruhen sich gerade aus.“ Ferdl stutzte: „Das ist ja genau wie beim Zuchtvieh mit Bullen und Färsen. Wie sind Sie bloß auf die Idee gekommen?“

Der Eunuch war ehrlich empört: „Ich sehe, daß Sie die maßgebenden Schriften des Nationalsozialismus gar nicht kennen. Schon im Jahre 1930 hat der Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung der

Nationalsozialistischen Partei, Pg. Walter Darré, in seinem Buch „Neuadel aus Blut und Boden“ erklärt: „Es widerspricht durchaus nicht der menschlichen Würde, wenn man Tierzucht und Menschenzucht vergleicht“, und schon am 15. Februar 1929 hat unser von Adolf Hitler so verehrter Altmeister Theodor Fritsch die Grundzüge eines Mitgart darlegen lassen.“ Toni fuhr dazwischen: „Aber, Mann, merken Sie denn nicht, daß sie die Frauen wie Färsen und Stuten behandeln?“ „Worüber regen Sie sich denn auf, das ist doch selbstverständlich, das wollen wir Rassezüchter doch nicht erst, seit wir unser Drittes Reich haben. Kommen Sie mit hin an! Hier im Zimmer auf dem Bücherbrett liegt das Heft vom „Hammer“ aus dem Jahre 1929. Hier steht es, Seite 101: „Der Mitgart besteht aus einer ländlichen Siedlung, in der etwa 1000 Frauen und 100 Männer Unterkunft finden. Die Auslese erfolgt durch Sachverständige. Die Ehe wird in diesem Kreise zwischen je einem Manne und einer Frau, aber nur zu vorübergehender Angehörigkeit, vor dem Gemeinderat geschlossen. Sobald sich die Frau als Mutter fühlt, gilt die Ehe als gelöst.“

„Aber davon haben doch auch die Frauen sicher nichts gewußt, die nationalsozialistisch gewählt haben.“ „Das ist nicht unsere Sache. Jede Frau, die nationalsozialistisch wählte, hat sich damit einverstanden erklärt. Aber, es ist gleich sechs, die Frauen müssen wieder in die Schlaftsäle. Einen Augenblick.“ Er ging zur Seitentreppe und rief einiges Unverständliches hinunter. Die Frauen setzten sich langsam in Bewegung und verschwanden gehorsam in den langgestreckten Baracken.

„Wir rechnen hier mit 330 Kindern im Jahr, drei Fehlgeburten sind dabei nicht eingerechnet“, rief ihnen der Eunuch nach, als sie in der Abenddämmerung weiterfuhren.

wissen, daß viele Betriebsleiter den Ehrgeiz haben, aus der Arbeiterschaft bei verkürzter Arbeitszeit dieselbe Arbeitsleistung herauszuholen wie bei normaler Arbeitszeit. Soweit gegen dieses Gebaren nicht schon örtlich eingeschritten ist, werden wir in der nächsten Zeit an dieser Stelle darauf zurückkommen. Wir werden in Uebereinstimmung mit der gesamten Öffentlichkeit unter allen Umständen verhindern, daß, nur um keine Arbeitslosen einzustellen, zu Methoden gegriffen wird, die im vorigen Jahrhundert üblich waren.

Erfolgreicher Tarifabschluss

Ein Beispiel für alle.

In Horka, unweit Görlitz, betreibt die Heylsche Güterverwaltung eine Fleischerei und Wurstfabrik. Die Arbeitszeit ist lang, 14 bis 16 Stunden täglich. Wo kein Kläger, da ist auch kein Richter. In Görlitz besteht zwischen Innung und Fleischergesellenbund ein Tarifvertrag mit 60 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit ohne Bezahlung der Ueberstunden. Urlaub und Fortzahlung des Lohnes nach § 616 BGB. gab es auch nicht. Und die Löhne waren echt „schlesisch“. Manches änderte sich schon, als die Beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes wurden. Verhandlungen mit der Firma gaben bereits voriges Jahr Aussicht auf tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Durch einen Zwischenfall verzögerte sich der Abschluß. Ohne Vertragsabschluß wurde die Arbeitszeit verkürzt und 6 bis 8 Mk. Lohnzulage erfolgte. Einige Kollegen glaubten späterhin, ihr Austritt aus unserem Verband würde der Firma genehm sein. Die fragte danach nichts, sondern kürzte auf Grund der Vierten Notverordnung die Lohnsätze. Ueberstunden wurden auch jetzt noch nicht bezahlt, und so kam es, daß eine Ueberstundenklage eines Kollegen das Arbeitsgericht beschäftigte, mit einem Vergleich endete und die Firma nun erklärte, einen Tarif- und Lohnvertrag abschließen zu wollen.

Die Verhandlungen brachten ein gutes Ergebnis. Die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden mit 10 und 30 Proz. Zuschlag, Wochenlöhne von 32 bis 46 Mk., 2 Mk. Wäschegeld und für verantwortliche Gesellen 3 Mk. Zuschlag je Woche. Urlaub bei Fortzahlung des vollen Lohnes je nach Beschäftigungsdauer 3 bis 15 Werkstage und nach § 616 BGB. wird im Krankheitsfalle der Lohn bzw. die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld je nach Beschäftigungsdauer bis zu 3 Wochen gezahlt. Bei sonstiger unverschuldeter Arbeitsversäumnis erfolgt kein Lohnabzug. Krankheit gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Muß Entlassung wegen Arbeitsmangel und ohne Verschulden des Arbeitnehmers erfolgen, so wird ihm bei evtl. Wiedereintritt in das Arbeitsverhältnis die frühere Dauer der Arbeitstätigkeit bei Bemessung des Urlaubs angerechnet. Die Lohnerhöhung beträgt 8 bis 12 Mk. je Woche.

Dieser Fall zeigt deutlich genug, was Agitation, Verbandszugehörigkeit und Wahrung der Interessen der Mitglieder zu leisten vermag. Allen Kollegen sollte auch dieser Fall als Beispiel dienen, wieweit besser es um die Lohn- und Arbeitsbedingungen stünde, wenn sie in Einigkeit und Geschlossenheit Mitglieder unseres Verbandes wären.

Konditorei-Fachschule Lambrecht, Wolfenbüttel, unter Nazi-Terror

Wolfenbüttel liegt im Freistaat Braunschweig, in dem der Naziminister Klagges sein Zepter schwingt. In diesem idyllisch gelegenen Städtchen befindet sich die bestgeleitete Fachschule des Konditorgewerbes.

An dieser Schule wird besonders der neue Stil der Konditoreikunst gelehrt, und demzufolge hat sie einen guten Namen. Hier kommen Schüler aus allen Teilen Deutschlands zu einer Lerngemeinschaft zusammen, die gewillt sind, dem Konditorgewerbe neue Wege und Richtlinien zu zeigen. — In regelmäßigen Kursen sind 80 bis 90 Konditorgehilfen untergebracht. Daß bei einer derartigen Zusammenballung junger Menschen die Nazis ihr Süppchen kochen und im trüben fischen wollen, haben ihr bisherigen Agitationsmethoden in reichlichem Maße gezeigt.

Trotzdem in dieser Lehranstalt laut Schulordnung Politik bei Verhängung von Ordnungsstrafen streng untersagt ist, haben es sich die Nazis nicht nehmen lassen, eine Betriebszelle zu gründen. Folgende Einladung legt hiervon Zeugnis ab:

„Betriebszelle
Lambrecht-Schüler Wolfenbüttel, den 7. 4. 32

Einladung!

Hierdurch laden wir Sie zu der am Freitag, dem 8. April 1932, abends 8.15 Uhr, in „Linnes Garten“ stattfindenden

Betriebszellen-Versammlung

der Lambrecht-Schüler der NSDAP. ein. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht!

Mit Hitler Heil.“

Daß die Nationalsozialisten die neutrale Schulordnung nicht respektieren und ihre demagogische

Agitation zum Schaden des bisherigen guten Rufs der Schule fortsetzen, ist keine Einzelercheinung. Rücksichtslos und unwahr sind die Hauptargumente der nationalsozialistischen Agitationsmethoden. In dieser Schule befindet sich eine Anzahl nicht nationalsozialistisch denkender Schüler. Diese werden unter gewollter oder nicht gewollter Duldung nationalsozialistischer Agitationsmethoden unter Terror gesetzt.

Das an dieser Schule bestehende Abzeichenverbot wurde plötzlich aufgehoben, und zwar im Sinne des Hakenkreuzes. Ein „Verdienst“ eines an der Schule tätigen Fachlehrers, der in unverblümter Form sein Naziherz den Schülern offenbarte. Auch eine Sammlung für den nationalsozialistischen Wahlfonds wurde vorgenommen. Nur der Zufall, daß einige der Schüler ihre Geldbörse zu Hause gelassen hatten, schützte sie davor, ihren politischen Gegner mit Geldmitteln zu unterstützen und den Zwangsmitteln seitens der Nationalsozialisten aus dem Wege zu gehen.

Eine Aussprache, die über diese Angelegenheit seitens der republikanisch eingestellten Schüler mit dem Schulleiter Herrn Lambrecht stattfinden sollte, wurde abgesagt, so daß dem weiteren Treiben der Nazis Tür und Tor geöffnet war. Ein Schüler, der seine Entrüstung zum Ausdruck brachte, wurde von einem anwesenden Nazijüngling mit der Tode bedroht. Daß diese Zustände keine ruhige Entwicklung der fachlichen Fortbildung garantieren, dürfte sich bald zeigen. Herrn Lambrecht wollen wir aber rechtzeitig davor warnen, seine Schule zum Tummelplatz nationalsozialistischer Experimente zu machen.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 20. Mai bis 26. Mai 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Falkenstein i. V. 150,—, Königsberg i. Pr. 53,46, Dortmund 12 538,95, Duisburg 3877,12, Forst 40,16, Kassel 200,—, Koblenz 5275,51, Röhra 20,92, Solingen 1850,—, Trier 1248,29, Wiesbaden 1627,53, Stettin 150,—, Königsberg i. Pr. 19,64, Dessau 100,—, Bielefeld 6859,55, Düsseldorf 1354,70, Essen 4834,72, Freiburg i. Br. 4626,54, Gleiwitz 1963,34, Hamburg 32 147,69, Gießen 200,—, Berlin 13,65, Heilbronn 68,58, Berlin 46 838,39, Chemnitz 6178,88, Dresden 18 210,61, Frankfurt a. M. 4173,77, Köln 7076,92, 3200,17, Krefeld 32,50, Lübeck 1154,73, 2988,83, Mainz 9451,52, Mannheim 10 008,63, Meißen 322,48, Wuppertal 3890,88, Burg 200,—, Lütz 200,—, Wernigerode 300,—, Brieg 200,—, Elbing 360,—, Löbau 300,—, Ratibor 68,27, Reichenbach i. Schl. 100,—, Waren 40,—, Zwickau 28,32.

Sonstiges:

Leipzig 1,60, Berlin 59,50, Hamburg 1000,—, Leipzig 5,23, Augsburg 1000,—, Norden 3,40, Rehau 1,65, Hannover 1,53, Berlin 53,03, Liebschwitz 11,24, Hannover 67,20, Hamburg 4200,08.

Korrespondenzen

Berlin. (Etat des Vieh- und Schlachthofes.) Der Etat 1932 des Vieh- und Schlachthofes veranschlagt 13,6 Millionen Mark. Die Einnahmen auf dem Viehmarkt sind mit 3,967 Millionen Mark angesetzt gegen 4,637 Millionen Mark im Jahre vorher, im Schlachthof 3,914 Millionen Mark gegen 4,636 Millionen Mark, bei der Fleischbeschau 2,799 gegen 2,862 Millionen Mark, von den Fleisch-Großmarkthallen 2,448 Millionen und für Fleischvernichtung 490 000 Mark. Gegenüber dem Rechnungsabschluß 1930/31 mit 15,059 Millionen Mark bleibt dieser Voranschlag um 1,5 Millionen oder um rund 9,9 Proz. zurück.

Dortmund. Es gibt unter der Arbeiterschaft eine Reihe vom Hitlerritus infizierte Volksgenossen, die sich in ihrer Verblendung zu Tötlichkeiten gegen ihre eigenen Kollegen hinreißen lassen. Einer von dieser Sorte, der Arbeiter Nübel von der Aktienbrauerei, hatte im Februar Streit mit einem Chauffeur, dessen Wiederholung durch Maßnahmen des Betriebsrats unterbunden wurde. Darob große Wut gegen den Betriebsrat, die sich so steigerte, daß Nübel auf den altbewährten Einfall kam, die damals noch bestehende SA. gegen den Betriebsrat zu mobilisieren. Der prompt darauf erfolgte Ueberfall hatte dieser Tage ein gerichtliches Nachspiel. Die Strafe wurde auf die unverständlich geringe Höhe von 20 Mark festgesetzt. Das Strafmaß ist tatsächlich geeignet, als Belohnung zu wirken und wird nicht verhindern, daß sich derartige Räupeleien wiederholen. Es wird deshalb Aufgabe der Arbeiterschaft selbst sein, die Betriebe vor Menschen, deren Wirken im Interesse der Reaktion liegt, sauber zu halten. Diese Menschen müssen genau so behandelt werden wie die Gelben.

Lüneburg. (80-Stunden-Woche.) Es muß aufgezeigt werden, wenn in der Wirtschaftskrise, wo Millionen von Arbeitslosen vorhanden sind, Handwerksbetriebe den traurigen Mut aufbringen können, ihre Arbeiter noch 80 Stunden in der Woche zu beschäftigen. Keine Behörde wagt sich an solche Ausbeuter heran. Es wird geduldig zugesehen, wie Personen unmenschlich ausgebeutet werden, während andere vor Hunger kaum in den Schlaf kommen können.

In der Schlachtereierei von Julius Meier wird täglich 12 bis 13 Stunden, an einigen Tagen sogar 16 Stunden gearbeitet. Wenn arbeitslose Metzgergesellen um Arbeit ansprechen, so wird ihnen von der Firma erklärt, wir haben selbst keine Arbeit. In diesem Betriebe gibt es überhaupt keine geregelten Essenspausen, kaum daß gegessen ist, so beginnt auch schon die Arbeit wieder. Warum sieht die Gewerbebehörde in diesem Betriebe nicht nach dem Rechten? Es wäre ihr doch eine Kleinigkeit, die von uns getroffenen Feststellungen bestätigt zu finden. Darum Gewerbebehörde tue deine Pflicht sofort!

Stettin. (Fleischergesellenprüfung.) Bei der im April stattgefundenen Gesellenprüfung der Lehrlinge im Fleischerhandwerk haben wiederum 5 Lehrlinge die Prüfung nicht bestanden. In der Stettiner Fleischerinnung Prüfung solche Fälle auch in früheren Jahren vor. 1929 kamen 3 Lehrlinge und 1931 2 Lehrlinge mit nicht bestandener Prüfung vorhanden. Der Fleischerinnung kann durch diese Tatsache bestimmt nicht ein lobendes Zeugnis ausgestellt werden. Darüber wurde auch in der sozialdemokratischen Zeitung „Der Volksbote“ berichtet. Der Fleischerinnung scheint aber diese Berichterstattung absolut nicht gefallen zu haben. Sie antwortete darauf mit einem längeren Bericht, der aber lediglich eine Feststellung der Tatsache bedeutet und im übrigen mit einem großen Wortschwall die Verantwortlichkeit von der Innung abzuwälzen versucht. Sie wird dadurch bestimmt in der Öffentlichkeit keinen Eindruck erwecken, wenn sie wie die Katze um den heißen Brei herumgeht und sich auch in Zukunft nicht bemüht, eine Besserung zu erreichen. Schon längst wird von den Gewerkschaften eine Zwischenprüfung gefordert, wodurch bestimmt solche Fälle, wie sie in Stettin zutage treten, vermieden werden könnten. Dazu bedarf es aber auch einer tatkräftigen Mitwirkung des Gesellenausschusses zur Ueberwachung der Lehrlingenausbildung. Wenn jedoch vom Gesellenausschuß wie auch von der Innung nichts zur Beseitigung dieses Zustandes getan wird, dann werden auch in den kommenden Jahren wiederum Lehrlinge vorhanden sein, die die Prüfung nicht bestehen können.

Es ist dringend notwendig, daß baldigst eine Reform im Lehrlingswesen gesetzlich erfolgt, um auch eine durchgreifende Mitbestimmung der Gewerkschaften zu sichern.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage des Arbeitsmarktes. Wie die Reichsanstalt berichtet, hat sich in der Zeit vom 1. bis 15. Mai die Belegung des Arbeitsmarktes weiter fortgesetzt. Das Tempo hat sich allerdings erheblich verlangsamt, in Berlin ist sogar ein Ansteigen der Arbeitslosenziffer eingetreten. Die Entlastung des Arbeitsmarktes beläuft sich in der Berichtszeit auf nur 64 000. Die gesamte in diesem Frühjahr eingetretene Entlastung beziffert sich damit auf rund 454 000. In der gleichen Zeit des Vorjahres sind bereits 780 000 Arbeiter wieder eingestellt worden. Die neu eingestellten Arbeitskräfte wurden fast ausschließlich von den Berufen aufgenommen, die den Saisonindustrien angehören. Die Entlastung würde vielleicht wesentlich besser sein, wenn nicht durch die nunmehr wirksam gewordenen Exporterschwernisse die Produktion von Exportartikeln stark beeinträchtigt werden würde. Von den Arbeitslosen wurden am 15. Mai rund 1,14 Millionen von der Arbeitslosenversicherung und rund 1,63 durch die Krisenfürsorge unterstützt. Etwa zwei Millionen Arbeitslose erhalten Unterstützung durch die gemeindliche Wohlfahrtspflege.

Erfolg der Einfuhrdrosselung. Seit Jahren wird versucht die schwierige Lage der Landwirtschaft zu heben. Dabei wurde ohne Rücksicht auf die für unsere Industrie erforderlichen Auslandsverbindungen die Einfuhr von Agrarprodukten stark erschwert. Zölle wurden erhöht, Einfuhrverbote (Gefrierfleisch) wurden erlassen. Daneben wurden auf dem Inlandsmarkt die Preise durch verschiedene Hilfsmaßnahmen gestützt. Alles dies führte im Verein mit den verringerten Bedarf dazu, daß sich der Anteil der Einfuhr von Agrarprodukten, gemessen am Inlandsverbrauch, sehr stark verringerte. Wie das Reichsstatistische Amt feststellte, betrug der Anteil der Einfuhr am Verbrauch bei Fleisch im Jahre 1927 etwa 8 Proz. und im Jahre 1931 nur noch 1 Proz. Wesentlich stärker ist die Brotgetreideeinfuhr zurückgegangen. Sie senkte sich von 24 Proz. auf 4 Proz., und das Futtergetreide von 21 Proz. auf 6 Proz.

Die Wirkung hinsichtlich des Preises der Agrarprodukte war sehr verschieden. Während bei Getreide die durch Zollmaßnahmen herbeigeführte Verringerung der Einfuhr zu einer Preissteigerung führte, haben sich bei den anderen Produkten Preisrückgänge bemerkbar gemacht. Bei Brotgetreide ist dies auf den fast völlig konstanten Bedarf zurückzuführen, der bei Verringerung des Angebots die Preise erhöht. Weniger konstant ist der Bedarf bei den übrigen Produkten. Ihr Verbrauch ist vielmehr weitgehend bestimmt durch die jeweilige Kaufkraft. Diese sinkt ständig und deshalb konnten Preisstützungen und Zollmaßnahmen nicht verhindern, daß auch die Preise sinken. Interessant in diesem Zusammenhang ist folgender Vergleich. Im Jahre 1913 wurde für einen Doppelzentner Schweinefleisch 6 und für einen Doppelzentner Rindfleisch 5 Doppelzentner Weizen bezahlt. Heute werden für beide Mengen Fleisch nur etwa 2,5 Doppelzentner Weizen bezahlt.

Die rheinischen Mühlenkonventionen verlängert. Wie in der Fachpresse mitgeteilt wurde, ist in einer Mitgliederversammlung der Vereinigung Westdeutscher Mühlen beschlossen worden, die am 30. April abgelaufene Preis-konvention provisorisch auf weitere zwei Monate zu verlängern. Auch die Süddeutsche Mühlenvereinigung in Mannheim hat die Preis-konvention verlängert.

Außenhandel im April. Der Außenhandelsbericht für April steht unter dem Zeichen der vollständigen Einfuhrdrosselung nach Großbritannien. Die in Kraft getretenen englischen Schutzzölle haben die deutsche Ausfuhr nach dort fast vollständig unterbunden. Auch die Ausfuhr nach Rußland ist stark zurückgegangen, so daß die deutsche Ausfuhr im Monat April um rund 46 Millionen auf

481 Millionen Mark zurückging. Der Rückgang entfiel fast ausschließlich auf Fertigwaren. Die Ausfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln hat sich nur ganz gering gesenkt.

Die Einfuhr nach Deutschland ist ziemlich kräftig gestiegen. Sie erhöhte sich um 63 Millionen Mark auf 427 Millionen Mark. Mengenmäßig ist die Steigerung, da sich die Weltmarktpreise gegenüber dem Vormonat gesenkt haben, noch höher. Den Hauptanteil an der Steigerung der Einfuhr haben die Rohstoffe, besonders die Baumwolle und Kupfer. In mancherlei Hinsicht ist dies ein erfreuliches Zeichen, insbesondere deshalb, weil anzunehmen ist, daß ein stärkerer Rohstoffbezug erhöhte Inlandsproduktion zur Folge haben wird. Auch die Lebensmittelfuhr ist stark gestiegen. Dies ergibt sich aus der notwendigen Einfuhr von Roggen und Gerste, sowie der jahreszeitlich bedingten Gemüseeinfuhr. Indessen ist die Einfuhr von Butter weiter zurückgegangen. Infolge der gesteigerten Einfuhr und der gesunkenen Ausfuhr verändert sich die Handelsbilanz sehr wesentlich. Sie bleibt nur noch mit 54 Millionen Mark aktiv gegenüber 152 Millionen Mark im Monat März.

Verringerter Außenhandel in Nordamerika. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die länger als die anderen kapitalistischen Staaten von der Weltwirtschaftskrise verschont blieben, haben gegenwärtig mit um so größerer Wucht die Folgen der Krise zu spüren. Die Arbeitslosigkeit hat die Rekordhöhe von 10 Millionen erreicht, die Kreditinstitute sowie große Unternehmungen stehen vor dem Zusammenbruch. Fieberhaft wird daran gearbeitet, die schlimmsten Auswirkungen der Krise zu beseitigen. Es erscheint jedoch auch dort zwecklos, solange nicht die ganze Welt zu übereinstimmenden Maßnahmen kommt. Recht deutlich bringt dies der Außenhandel der USA. zum Ausdruck, der katastrophal zurückgegangen ist, weil die übrige Welt teils nicht kaufen kann, teils sich mit einheimischen Erzeugnissen begnügt. Der Ausfuhrüberschuß der USA, ist im April auf 9 Millionen Dollar zusammengeschrumpft. Im Monat vorher betrug er noch 25 Millionen Dollar.

Unternehmertum

Küfermeister erkennen den Wert der Organisation. Die Küfermeister sind Feinde der freien Gewerkschaften. Selbst schätzen sie den Wert einer Organisation hoch ein. Wir lesen in der „Süddeutschen Küfer- und Kellerei-Zeitung“:

„In der Regel sind diese Innungszerstörer solche „Kollegen“, die in den Innungsversammlungen meist durch Abwesenheit glänzen, und nehmen sie wirklich einmal an einer Versammlung teil, dann sind sie die Allesbesserwisser und Nörgler, die an jeder Arbeit des Obermeisters und des Ausschusses ablehnende Kritik zu überweisen, denen der Beitrag grundsätzlich zu hoch ist und die Wut anfalle bekommen, wenn sie zu Innungsstrafen herangezogen werden, was diesen besonders Anlaß gibt, Zeter und Mordio über diese „Unverschämtheiten“ des Obermeisters und des Ausschusses zu schreien. Der Grundsatz dieser Nörgler ist, es dem Obermeister und den Ausschußmitgliedern ihrer Innung „ordentlich zu besorgen“.

Sie können auch anders, wenn Uneinigkeit in die Reihen der Gesellen getragen wird. Dann lesen wir:

„Darum wollen wir alles daransetzen, das, was wir haben, uns zu erhalten, indem wir treu zusammenstehen in unserer Berufsorganisation und zwar sowohl in den Innungen, als auch in dem Verband. Wir haben sie noch niemals notwendiger gebraucht, als in der gegenwärtigen, wirtschaftlich schwersten Notzeit. Wir wollen daher den „Wühlern“, den Feinden unseres Berufsstandes und unserer Organisation, die Faust zeigen. Kollegen, zeigt euren Küferstolz!“

Tobler Holding, Bern. Die Reorganisationsmaßnahmen der Firma Chokolat Tobler Holding Co. AG. sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Vom Verwaltungsrat wurde das Aktienkapital auf 3,581 Millionen Frank zusammengezogen. Auf Grund des Vorschlages einer Spezialkommission, die zum Zwecke der Prüfung der Fusionsmöglichkeiten bestellt wurde, beantragt der Verwaltungsrat, die Fabrikationsgesellschaft Aktiengesellschaft Chokolat Tobler mit Wirkung ab 1. Januar 1932 in der Chokolat Tobler Holding AG. aufgehen zu lassen. Die AG. Chokolat Tobler überträgt alle ihre Aktiven und Passiven, Rechte und Verbindlichkeiten an die Holding Co. AG. Durch die Verschmelzung erfährt die Bilanz eine Vereinfachung und gewinnt an Uebersichtlichkeit. Die Gesellschaft erhält nach der Fusion die Firma-bezeichnung „Aktiengesellschaft Chokolat Tobler“.

Allgemeine Rundschau

15 Jahre Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Die Organisation der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen blickt auf 15jähriges Bestehen zurück. Die Organisation entstand ganz von selbst und besonders durch die Triebkraft der Kriegsbeschädigten, um sich die gesetzlichen Rentenansprüche zu sichern. Der in früheren Jahren herrschende beliebte Sport der höheren Gesellschaftsschichten, für die Kriegsbeschädigten durch Wohlfahrtsfeste und Sammlungen sich in empfehlende Erinnerung zu bringen, fand keine Befriedigung. Daher entstand die Organisation, durch die alle durch den Krieg geschädigten Personen auch ihre gesetzlichen Rechte

gesichert erhalten. Seit dem Bestehen des Reichsbundes hat sich vieles geändert. Längst ist der Ausspruch eines früheren Reichskanzlers in Vergessenheit geraten: „Der Dank des Vaterlandes wird den Kriegsteilnehmern sicher sein!“ An dessen Stelle traten reaktionäre Bestrebungen, die Unterstützungsbeihilfe so tief herabzudrücken, daß sie keine Existenzmöglichkeit gewährleistet. Vom Reichsbund wurde in den 15 Jahren Gewaltiges zum Schutze der Kriegsteilnehmer geleistet. Im Kampfe um die Grundrechte der Kriegsoffer wurde unendlich viel Gutes geleistet und, soweit es in den Kräften der Organisation stand, ihnen Schutz gewährt.

Wir wünschen dem Bund auch in dieser Krisenzeit die erfolgreiche Betreuung seiner Mitglieder und die Abwendung noch weiterer Rentendrückerei von den Kriegsbeschädigten.

Internationales

Schokoladenkartell in Südslawien. Aus Kreisen des Süßwarenhandels erfahren wir, daß das jugoslawische Schokoladenkartell vor kurzem aufgelöst wurde. Jetzt ist ein verschärfter Wettbewerb unter den Fabriken eingetreten und es wird auf beträchtliche Preissenkungen aufmerksam gemacht. Nach den letzten vorliegenden Daten bestehen in Südslawien fünf und zwanzig größere oder kleinere Unternehmungen, die sich mit der Erzeugung von Bonbons und Schokolade befassen. Darunter finden wir eine einzige Aktiengesellschaft, die Firma Stock Brandy Medicinal A.-G., Slaw. Požega, gegründet 1921 vom bekannten Triester Stock-Konzern, der auch in der Tschechoslowakei, Oesterreich, Polen und Ungarn Fabriken besitzt. Für 1930 wurde eine Gesamtproduktion von Schokolade, Kanditen, Pralinés samt Brandy, Frucht-säften, Marmeladen usw. von nahezu 91 Waggons ausgewiesen. Eine führende jugoslawische Fabrik ist Mihajlo K. Sonda in Belgrad, die seit 32 Jahren besteht. Betriebskraft 310 PS, Arbeiterstand 150 bis 200. Führend ist auch die „Union“ Kanditen- und Schokoladenfabrik Deutsch und König in Agram, die 1911 gegründet wurde, gegen 150 Waggons Ware jährlich erzeugt und gegen 200 Arbeiter beschäftigt. In Agram bestand auch die „Je-ka“ Importhaus Kraus und Saiser, die 180 bis 240 Tonnen Schokoladenspezialitäten jährlich erzeugte. Sie hat ihre Betriebe an Suchard (Schweiz) verkauft, der bedeutende Vergrößerungen vornehmen und ein Vertriebsnetz über ganz Südslawien organisieren sollte. Wie wir nun hören, scheinen die Pläne ins Wasser zu fallen und für die Verkäufer soll sich der Verkauf nicht als ein vorteilhaftes Faktum erwiesen haben. Vorkriegsbetriebe sind Sumis Nachfolger D. und E. Hribar in Laibach (1878), Schokolade- und Likörfabrik der Prapisten in Reichenberg (Slo-wenien) aus dem Jahre 1896. Es handelt sich meist um kleinere Betriebe, was auch für eine Reihe Nachkriegs-gründungen gilt. Die „Kanold“ Schokoladen- und Bonbon-fabrik in Karlovac (Karlstadt in Kroatien), die 1927 mit einem Stammkapital von 8 Millionen Dinar gegründet worden war, ist vor einiger Zeit insolvent geworden. — Im Jahre 1931 hat Südslawien Schokolade in Tafeln und Stücken eingeführt: 95 374 kg im Werte von 4,46 Millionen Dinar und Schokolade- oder Schokoladesurrogatwaren 44 192 kg im Werte von 2,27 Millionen Dinar. Als lieferndes Land trat am stärksten die Schweiz hervor, während Oesterreich und Ungarn auch erhebliche Anteile aufweisen. Die Tschechoslowakei ist nur mit geringen Mengen vertreten.

Amerikas älteste Schokoladenfabrik. In den Vereinigten Staaten ist das älteste Unternehmen in der Schokoladen-fabrikation von Walter Baker & Co. in Dorchester. Das Unternehmen kann auf ein Bestehen von 167 Jahren zurückblicken, aus kleinsten Anfängen ist es entstanden und hat sich in diesen langen Jahren zu einem Riesen-konzernunternehmen entwickelt. Sehr lehrreich ist der Aufstieg. In den besten Jahren 1928 bis 1930 war ein jährlicher Umsatz von 1/2 Milliarde zu verzeichnen. Längst ist die frühere Schokoladenfabrik zur starken Beherr-schung der Erzeugung aller möglichen Nahrungsmittel übergegangen. Selbst in der Wirtschaftskrise konnte dieses Riesenunternehmen noch mit gewaltigen Umsätzen abschließen. Im Jahre 1930 betrug der Gesamtumsatz 117 463 Millionen Dollar bei einem Reingewinn von 60 Millionen Dollar. Das Unternehmen gehört zum großen Nahrungsmittelkonzern der General Foods Corporation, der auch in den letzten Jahren in Deutschland mit seinen Erzeugnissen in Wettbewerb getreten ist.

Die Schokoladenindustrie in Japan. Die Süßwaren-fabrikation konnte in Japan in den letzten Jahren einen großen Fortschritt erreichen. Es ist doch bekannt, daß das japanische Volk großer Liebhaber für Süßigkeiten ist. Es wurden im Lande vielerlei Süßwaren hergestellt in primitiven Handwerksbetrieben und erst in den letzten Jahren des allgemeinen wirtschaftlichen und technischen Fortschrittes in Japan sind bedeutende Großbetriebe ent-standen. Die bedeutendsten Unternehmungen sind die Morinaga Seika KK. und Meiji Seika KK., beide in Tokio, sowie E. Morozoff in Kobe. Ersteres Unternehmen wurde im Jahre 1922 gegründet, mit einem Grundkapital von 13,8 Millionen Yen (27,6 Millionen Mark). Die Zucker-warenfabrik Meiji entstand 1926 mit einem Grundkapital von 3,4 Millionen Yen (6,8 Millionen Mark). Die tägliche Leistung betrug in dieser Fabrik 6000 bis 7000 Kilo Schoko-ladenwaren. Der Betrieb wurde jedoch später für weit größere Leistungen ausgebaut und ist zur Fabrikation von Zuckerwaren und Keks übergegangen. Auch der Nestlé-Konzern hat sich mit seiner Tochtergesellschaft einen be-deutenden Einfluß in Japan, besonders durch die Her-

stellung der Kondensmilch erobert. Das Nestlé-Unter-nehmen wurde mit einem Grundkapital von 4 Millionen Yen (8 Millionen Mark) errichtet und ist liiert mit einer japanischen AG. Die in früheren Jahren zu verzeichnende starke Einfuhr von Kakao- und Zuckererzeugnisse ist durch die Entstehung der japanischen Industrie stark zurückgegangen. So hatte beispielsweise Deutschland im Jahre 1929 noch eine Ausfuhr von 68 700 Kilo, die jedoch in letzter Zeit stark zusammenschrumpfte. Auch aus anderen Ländern ist das gleiche Ergebnis zu verzeichnen. Die früheren Absatzmöglichkeiten sind somit stark zurück-gegangen, weil im größeren Ausmaße auch diese Industrie in Japan Fuß fassen konnte.

Literatur

Kennst du schon den Volksfunk? Wenn nicht, dann lasse dir vom Volksfunkverlag Berlin SW 68, Linden-straße 3, sofort ein Probeheft senden. Du wirst dann finden, daß diese illustrierte Arbeiterfunkzeitschrift mehr ist als ein Programmheft.

Es ist eine Familienzeitschrift, die nirgends dort fehlen sollte, wo ein Radioapparat dem Hörer zur Unterhaltung und zur Vermehrung seines Wissens dient. Der „Volksfunk“ ist unbestritten die beste aller deutschen Radiozeitungen. In ihm ist außer dem deutschen auch ein ausführliches Europaprogramm enthalten. Die Techniker finden im „Bastelmeister“ praktische Winke für ihre Arbeit. Ganz besonders hervorragend ist der Unterhaltungsteil, dessen Bildschmuck durch Kupfertiefdruck besondere Freude bereitet. Zu beziehen ist der „Volksfunk“ für monatlich 96 Pf. durch jede Postanstalt. Auch kann er in jeder Buchhandlung oder direkt beim Verlag bestellt werden.

Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Von Karl Marx. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Mit einer Einleitung von Karl Korsch. 768 Seiten. Preis 2,50 Mk. nur für Mitglieder der Gewerkschaften und der SPD. Herausgegeben von der Verlags-gesellschaft des ADGB., Berlin S 14.

Die Lebensarbeit von Karl Marx an dieser Stelle zu preisen er-übrigt sich. Ueber den Wert dieser Arbeit sind sich nicht nur die sozialistischen Arbeiter, sondern auch viele seiner Gegner einig. Daran kann auch nichts der grenzenlose Haß ändern, von dem diese theoretischen Grundlagen der Arbeiterschaft gegenwärtig umbrannt sind. Diese aus Unverstand erwachsene Gegnerschaft vermag höch-stens das Studium der Werke von Marx zu fördern. Es ist deshalb zu begrüßen, daß diese jetzt auch zu einem Preise erhältlich sind, die es den Unbemittelten ermöglichen, sie zu kaufen. Von dieser Gelegenheit wird bestimmt sehr reger Gebrauch gemacht werden.

Reisen und Wandern. Eine Auswahl empfehlenswerter Wanderführer und Reisevereinigungen. Bücher und Pro-spekte können von den angegebenen Organisationen be-zogen werden.

Der Dietz-Verlag, Berlin SW, hat zur rechten Zeit einen Arbeiter-Reise- und Wanderführer herausgebracht, der neben dem Vorzug der Reichhaltigkeit noch den Vorzug der Billigkeit besitzt. Er umfaßt 450 Seiten und kostet 2 Mark. Neben grundsätzlichen Erörterungen über die zweckmäßige Gestaltung von Reisen, enthält dieser Führer für Einzelwanderer 50 Touren durch die schönsten und interessantesten Wandergebiete Deutschlands und Oesterreichs. Begrüßenswert ist es, daß überall dort, wo es notwendig ist, Hinweise auf Dinge, die die Arbeiterschaft besonders interessieren, enthalten sind. Damit wird der Dietz-Arbeiter-Reise- und Wanderführer zu einem unentbehrlichen Ratgeber für alle Reisenden und Wanderer.

Die Kulturabteilung des ADGB., Ortsausschuß Leipzig, führt auch in diesem Jahre Gesellschaftsreisen durch. Nähere Angaben enthält der gutillustrierte Reiseprospekt, der zum Preise von 40 Pf. bei der an-gegebenen Adresse und in allen Volksbuchhandlungen zu beziehen ist.

Das Studienreisekomitee der Bildungszentrale Wien V, Schönbrunner Straße 56, ist ebenfalls bestrebt, durch Organisation von Studien- und Erholungsreisen sowie durch Ferienaufenthalt den milder-bemittelten Bevölkerungsschichten Gelegenheit zum preiswerten Reisen zu vermitteln. Näheres enthält der Reiseprospekt 1932, der zum Preise von 40 Pf. (Briefmarken) erhältlich ist.

Für billige Ferienreisen und Ferienaufenthalte wirkt in erfolgreicher Weise auch der Gemeinnützige Verkehrs- und Reiseverein Groß-Hamburg, Nagelsweg 14. Im Jahre 1932 werden zahlreiche Reisen nach dem In- und Ausland durchgeführt. Näheres enthält der Reiseprospekt.

Ferien und Erholung in den Heimen deiner Organisation bietet dir die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime, die von den freien Gewerkschaften getragen wird und in der auch unsere Organisation Mitglied ist. Auskunft erteilt die Verwaltung der Gesellschaft in Jena.

Ferienhilfe bietet auch der Touristenverein „Die Naturfreunde“, von deren Reisebüro in Berlin N 24, Johannisstr. 15, der Prospekt für die diesjährigen Fahrten zu beziehen ist. Diese Organisation führt neben leichten Wanderungen besonders Hochgebirgstouren durch. Anfragen ist in allen Fällen Rückporto beizufügen.

Ueber eine reichhaltige Auswahl von Gesellschafts- und Einzelreisen berichtet der Reisekalender 1932 des Mitteleuropäischen Reisebüros. Dieser Reisekalender ist in allen Zweigbüros und in der Zentrale Berlin erhältlich.

Sommerfrische Sächs. Schweiz

Habe freundliche Sommerwohnungen abzugeben. Volle Pension 3,80 Mark. Ohne Pension pro Bett 90 Pf. Koll. August Viehrig, Schöna 26, Sächs. Schweiz

Unsere Kollegen Peter Steinhäuser, Josef Wichmann, Gerh. Hellen nebst ihren lieben Frauen die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [2,40]

Das Fahrpersonale der Schwaben-Brauerei A.-G., Düsseldorf.

Unsere lieben Kollegin Eise Schönfuß nebst Bräutigam nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppe Falkenstein i. V.

Unsere Koll. Josef Hack nebst seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]

Die Kollegen der Zahlstelle Monheim-Hitdorf, Ortsgruppe Köln.

Unsere Kollegen Ratke und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,20]

Unsere Kollegen Erwin Grieger nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,20]

Ortsgruppe Oranienburg.

Nachruf! Am 23. Mai 1932 starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kollege, der Bäcker Hermann Bierbaum. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. [3,30]

Die Kollegen d. Ortsgruppe Braunschweig.

